

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2.25 RM. (Posten 67 Pf. monatlich für Zustellung im Voraus zahlbar. Polsterung 3.97 RM. einschließlich 50 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postgebühren für den Auslandschonement 4.65 RM. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschuss 4.65 RM.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Millimetergröße 30 Pf. Kleinzeile 2-3 „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (schlieflich zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt 11. April. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauspostamt 8 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3 Fernspr.: Dönhoff (A 7) 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassentexto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Tel. V. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Löbe an die Kommunisten.

Offener Brief zur Reichspräsidentenwahl.

Meine Herren Kommunisten! Keiner von Euch will, daß am Abend des 13. März Herr Goebbels oder Herr Münchmeyer grinsend den Sieg Adolf Hitlers verkündet! Jeder von Euch würde diesen Erfolg des Faschismus wie einen Schlag ins Gesicht empfinden!

Ist aber einer unter Euch, der glaubt, der Kandidat Thälmann kann Herrn Hitler aus dem Felde schlagen und seinerseits den Sieg davontragen? Keiner! Jeder weiß, Herr Thälmann ist nur Zähmann. Darin liegt keine Kritik. Wir Sozialdemokraten haben oft genug genau wie Ihr bei der Wahl Zählkandidaten aufgestellt, um die Kräfte zu messen und die Anhänger zu zählen.

Dazu habt Ihr wie wir bei den Wahlen in Preußen, Bayern, Württemberg, Mecklenburg, die jetzt bald folgen, erneut Gelegenheit! Bei der Reichspräsidentenwahl aber steigert der Zählkandidat Thälmann wie jeder andere die Ausschichten der Faschisten. Jede Mehrstimme, die Thälmann erhält, fehlt dem einzigen wirksamen Kandidaten, der Hitler schlagen kann. Mit jeder Stimme für Thälmann wird eine solche für Hitler wirksam — das ist die zwar unbequeme, aber unvermeidliche Folge bei dieser Wahl. Sie hat uns Sozialdemokraten in eine Zwangslage gebracht, die wir nicht umgehen können, sie sollte aber auch Euch zum Nachdenken zwingen.

Wer keinen Erfolg Hitlers will, kann auch nicht Thälmann wählen.

Oder gibt es wirklich deutsche Kommunisten, die angesichts dieser Sachlage meinen, Thälmann kann zwar Hitler nicht schlagen, aber er soll ihn auch nicht schlagen, denn Hindenburg ist gleich Hitler, Brüning ist gleich Fried?

Im Ernst kann kein ehrlicher Arbeiter das denken. Es fehlt vieles im Staate Hindenburgs und Brünings, darüber gibt es keinen Streit. Beide sind weder Sozialisten noch Kommunisten. Aber, daß der Staat Hitlers nicht schlimmer sei als die Republik unter Brüning — das ist eine Selbsttäuschung, aus der es ein furchtbares Erwachen geben müßte.

Der Staat Hitlers zerschlägt die Gewerkschaften samt der Gewerkschaftsopposition und den Genossenschaften, die einzigen Stützen des besitzlosen Proletariats im wirtschaftlichen Kampf! In der Republik aber können sie leben und sich entfalten.

Der Staat Hitlers vernichtet das Versammlungsleben und die unabhängige Presse vollständig. In der Republik haßet Ihr — trotz aller Verbote und Beschränkungen — täglich Hunderte von Versammlungen ab und eure Zeitungen erscheinen weiter.

Im Staat Hitlers wird jedes freie, gleiche Wahlrecht in Stadt, Staat und Reich mit Füßen getreten. Die Volksvertretung wird erstickt, die Euch heute Gelegenheit gibt, eure Stimmen zu erheben.

Im Staat Hitlers ist die ganze Sozialgesetzgebung einschließlich der Arbeitslosenunterstützung gefährdet. Denn „die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitslos“, jagt der „Völkische Beobachter“, und das Bündnis mit Herrn Hugenberg wird das weitere beforgen.

Im Staat Hitlers wird es viel mehr und viel drakonischere Notverordnungen geben, das beweisen die Böhmeiner Dokumente, das beweisen die blutigen Drohungen, das beweisen Braunschweig und Thüringen.

Im Staat Hitlers sind die SA-Truppen die Hüter der öffentlichen Ordnung — den Vorgeschnack davon zeigt Braunschweig.

Der Staat Hitlers wird unbeschränkt an die Kapitalisten ausgeliefert, die heute schon „den Führer“ feiern. Die Kürzung des Arbeitslohnes muß noch drückender, die Zahl der Arbeitslosen noch größer werden.

Der Staat Hitlers raubt Euch alle politischen Rechte und damit den Boden für die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe.

Es ist eine alterne Lebensart, Hindenburg ist gleich Hitler. Deshalb wollt Ihr auch nicht, daß Hitler siegt. Mit

Stimmen für Thälmann aber kann, das weiß jeder, dieser Sieg nicht verhindert werden.

Wer unter Euch hat Mut genug, daraus den allein möglichen Schluß zu ziehen?

Thälmann-Stimmen wertlos!

Ein kommunistisches Geständnis.

Die Thälmannen haben die Rage aus dem Sack gelassen. In ihrem Ueberdruß in der „Bekämpfung aller Erscheinungen des parlamentarischen Kretinismus“ gestehen sie offen ein, daß alle Thälmannstimmen nur eine hoffnungslose Minderheit schaffen können, die zu nichts nütze ist. Sie sagen in ihrer Ebe an alle Zellen hinausgegangene „Mobilmachung gegen die Eisernen Front“:

„Wenn manche Arbeiter die Frage aufwerfen, was geschehen soll, wenn Thälmann eine Stimmenmehrheit erhält, so muß den Massen mit voller Klarheit gesagt werden, daß es unter der Herrschaft des Kapitalismus auf Grund der bürgerlich-demokratischen Verfassung und insbesondere bei dem Fortschreiten des Prozesses der faschistisch-kapitalistischen Diktatur stets nur möglich sein kann, eine Minderheit der abgegebenen Stimmen aus unseren roten Arbeiterkandidaten zu vereinigen. Alle leichtsinnigen übertriebenen Prophezeiungen über das vorausgesetzte Stimmenergebnis, die nur ein Ausdruck für parlamentarische Illusionen sind, müssen bekämpft und verhindert werden.“

Das ist deutlich und klar. Jede Thälmannstimme — die Thälmannen sagen es selbst — ist wertlos; denn Thälmannstimmen schaffen nur eine Thälmann-Minderheit, und diese Minderheit kann praktisch nichts ausrichten. Den Arbeitern, die denken können, sagen die Thälmannen selbst: Wählt Hindenburg!

Stillstand der Arbeitslosigkeit.

Neuester Bericht der Reichsanstalt.

Die Aufwärtsbewegung der Arbeitslosenzahl ist, wie die Reichsanstalt in ihrem neuen Arbeitsmarktbericht mitteilt, in der zweiten Februarhälfte zum Stillstand gekommen. Ende Februar waren bei den Arbeitsämtern rund 6 128 000 Arbeitslose gemeldet, annähernd ebensoviel wie Mitte Februar.

In der Belastung der Arbeitslosenversicherung ist ein Rückgang um etwa 30 000, in der Krisenfürsorge eine Erhöhung um rund 31 000 Hauptunterstützungsempfänger eingetreten. In beiden Unterstützungsrichtungen zusammen wurden Ende Februar rund 3 526 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, wovon rund 1 852 000 auf die Arbeitslosenversicherung und rund 1 674 000 auf die Krisenfürsorge entfielen. Von den Arbeitsämtern anerkannte Wohlfahrtsdienstleistungen wurden rund 1 833 000 gezählt.

In den einzelnen Bezirken war die Bewegung der Arbeitslosenzahl verschieden. Während die Landesarbeitsämter Ostpreußen, Schlesien, Niederachsen, Westfalen, Rheinland, Hessen, Sachsen, Bayern und Südwestdeutschland noch eine Zunahme melden, trat in den Bezirken Brandenburg, Pommern, Nordmark und Mitteldeutschland ein Rückgang ein.

Die Arbeitslosigkeit in England.

Nur geringer Rückgang.

Die Erwerbslosigkeit in Großbritannien, deren Ziffern jetzt nur noch monatlich veröffentlicht werden, umfaßte am 22. Februar 2,70 Millionen. Der Rückgang gegenüber dem vorhergehenden Monat beträgt 27 238 Personen. Im Vergleich mit der gleichen Zeit des Februar 1931 liegt die Zahl der Erwerbslosen um 83 500 Personen höher.

Die Erwartungen, die man in England nach der Aufhebung der Goldwährung an die Entlastung des Arbeitsmarktes geknüpft hat, haben sich keineswegs erfüllt. Zwar gab es Mitte September 2,78 Millionen Erwerbslose, also immerhin 79 000 mehr als bei dem jetzigen winterlichen Höchststand, aber man muß hier berücksichtigen, daß die Reform der Arbeitslosenversicherung automatisch zu einer Verringerung der Arbeitslosenzahlen infolge der Ausschaltung der verheirateten Frauen geführt hat. Berücksichtigt man die übliche saisonmäßige Verschlechterung der europäischen Arbeitsmärkte im Spätherbst und Winter, so läßt sich sagen, daß die Aufhebung der Goldwährung bestenfalls das saisonmäßige Anwachsen der Erwerbslosigkeit in Großbritannien gestoppt hat. Auf die deutsche Bevölkerungszahl umgerechnet, entsprechend die 2,70 Millionen englischer Arbeitsloser einer Erwerbslosenzahl von rund 4 Millionen in Deutschland.

1,16 Milliarden Reichsdefizit.

Besserung bei den Reichseinnahmen im Januar.

Im Januar betrugen die Einnahmen des Reichs im ordentlichen Haushalt nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums 772,6 und die Ausgaben 773,7 Millionen Mark. Gegen-

über einer Mehrausgabe von 186,8 Millionen im Dezember sind also die Mehrausgaben im Berichtsmontat auf den erfreulich geringen Betrag von 1,1 Millionen gesunken. Es spricht hier allerdings mit, daß auf den Januar mehrere wichtige Termine für Steuerorauszahlungen fallen. Seit Beginn des Finanzjahres am 1. April sind bis zum Januar 7335,2 Millionen Mark als Steuern und Zölle eingegangen, während die Ausgaben in dem gleichen Zeitabschnitt 7431,4 Millionen Mark betragen haben. Der Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt beschränkt sich also in diesen zehn Monaten auf 96,2 Millionen, der jedoch unter Berücksichtigung des aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbetrages sich auf 776,7 Millionen Mark erhöht.

Im außerordentlichen Haushalt hat der Januar eine Mehrausgabe von 8,9 Millionen Mark gebracht, während das Defizit seit dem 1. April 124,2 Millionen Mark beträgt. Unter Einrechnung des Fehlbetrages aus dem Vorjahre beträgt im außerordentlichen Haushalt das Defizit 385,6 Millionen Mark. Damit erreicht also das Gesamtdefizit in beiden Haushalten einschließlich der übernommenen Fehlbeträge aus dem Vorjahre 1,16 Milliarden Mark.

Der Stand der schwebenden Schulden des Reiches ist gegenüber Ende Dezember von 1,91 auf 1,85 Milliarden Mark gesunken.

Brüning gegen rechts.

Rede in Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. März.

Reichsminister Dr. Brüning sprach heute abend in der hiesigen Maschinenhalle, dem größten Versammlungsraum Düsseldorfs, vor überfülltem Hause. Er führte u. a. aus: Es habe sich gezeigt, daß die Parteien der Harzburger Front sich nicht einmütig über die Ministerkessel hätten einigen können, wenn sie die Regierung übernahmen. Beherrschend wollten die einen haben und den anderen gütig die Sanierung der Regierung überlassen. Es ist endgültig erwiesen, daß es keine geeinte Opposition der Rechten gibt und daß alle beiden Parteien nicht in der Lage sind, eine Mehrheit zu bilden, und nahezu in allen politischen und sachlichen Fragen himmelweit auseinanderklaffen: Einig in der Negation und in der Agitation, uneinig in allem, was nach positiver Arbeit schmeckt. Sie sind sich nur einig in dem Schlagwort vom „System“, mit dem manchmal das System Brüning, manchmal der 9. November, manchmal die vergangenen 14 Jahre gemeint sind, wie es ihnen gerade paßt. Wenn man die Geschichte der vergangenen 14 Jahre auf einen Kenner bringen will, dann war sie nichts anderes als ein heroischer Kampf des deutschen Volkes gegen die Unterdrückung, gegen die Anfeindung, gegen die Rot, die die Politik Deutschland auferlegt hat, die vor 1914 in Deutschland geherrscht hat. Man glaubt an die Jugend appellieren zu können und erwartet, daß diese Jugend von der Vorgesichte und Geschichte des Krieges wenig bewegt mit erlebt hat. Für so dumme soll man das deutsche Volk nicht ansehen, daß es gestillt sollte, eine Mehrheit davon zu überzeugen, daß erst am 9. November 1918 das Unheil in Deutschland begonnen hat!

Sozialistische Wahlpolitik.

Engels gegen Zählkandidaturen.

Am 8. Oktober 1885 schrieb Friedrich Engels an Eduard Bernstein über die Ergebnisse der französischen Kammerwahlen:

„Dah die Sozialisten so wenig Stimmen haben, ist ganz natürlich. Der französische Arbeiter wirft seine Stimmzettel nicht weg. Und da in Frankreich noch lebendige Parteien bestehen, nicht, wie in Deutschland, nur tote und sterbende, so ist es keineswegs politisch, für einen aussichtslosen Sozialisten zu stimmen, wenn man dadurch einen Kandidaten in die Minorität und einen Opportunisten in die Majorität bringt. Die Zählkandidaturen haben eben in Frankreich ihren großen Nutzen, wie sie ihn auch stellenweise in Deutschland bekommen werden, sobald wieder Leben in die dortige politische Bude kommt.“

Diese Äußerung von Engels, die sich wohl gemerkt auf den ersten Wahlgang und nicht auf die Stichwahlen bezog, war mehr als ein Urteil über eine bestimmte politische Situation. Sie enthält einen tiefen politischen Gedanken, der seine Bedeutung für die sozialistische Politik auch heute noch behält. Es ist keineswegs politisch, für einen aussichtslosen Sozialisten zu stimmen, wenn dadurch dem rechten Flügel des Bürgerturns gegen den linken Flügel geholfen wird; die Zählkandidaturen sind sinnlos, wenn Leben „in der politischen Bude“ ist. Es gehört mit anderen Worten zu den Aufgaben der sozialistischen Politik, die Kräfteverhältnisse innerhalb des Bürgerturns zu beeinflussen. Nun kann man mit der gegenwärtigen politischen Lage in Deutschland noch so unzufrieden sein, eins läßt sich keineswegs bestreiten: an Leben fehlt es jetzt in der deutschen politischen Bude nicht. Deshalb dürfen die angeführten Worte von Engels auch auf unsere gegenwärtige politische Lage bezogen werden: Engels hat sich gegen die sozialistische Zählkandidatur und namentlich gegen die absolut aussichtslose Thälmann-Kandidatur ausgesprochen.

Es liegt uns fern, aus den einzelnen Äußerungen unserer großen Lehrer ein Dogma zu machen. Wir haben aber jeden Grund, ihre grundsätzlichen politischen Urteile zu beachten, namentlich, wenn sie unter Umständen gefällt wurden, die mit den unseren eine unverkennbare Verwandtschaft haben. Und die damalige politische Lage in Frankreich hat trotz vieler sehr wesentlicher Unterschiede wenigstens in einer Hinsicht mit unserer heutigen Lage eine nahe Verwandtschaft gehabt: es war nämlich für Frankreich die Zeit des Kampfes um die Staatsform, des Kampfes um die Befestigung der Republik. Von einigen deutschen Sozialdemokraten, insbesondere von der Redaktion des Züricher „Sozialdemokrat“, wurde diese Lage in Frankreich nicht richtig gesehen, und Engels legte sich in den Briefen an Bernstein mit den französischen Problemen ausführlich auseinander. So schrieb er z. B. am 27. August 1883:

„Wie dieser Kampf (zwischen Feudalismus und Bourgeoisie) nicht unter der alten absoluten Monarchie ausgefochten werden konnte, sondern nur in der konstitutionellen (England, Frankreich 1789 bis 1792 und 1815 bis 1830), so der zwischen Bourgeoisie und Proletariat nur in der Republik. Wenn also günstige Bedingungen und revolutionäre Vorgeschichte den Franzosen zum Sturz des Bonaparte und zur bürgerlichen Republik verholfen haben, so haben die Franzosen vor uns den Vorteil, die Form bereits zu besitzen, in der der Kampf ausgetämpft werden muß, und die wir uns erst erobern müssen. Sie sind uns um eine ganze Etappe politisch voraus. Eine monarchistische Restauration in Frankreich müßte also zur Folge haben, daß der Kampf um die Wiederherstellung der bürgerlichen Republik wieder auf die Tagesordnung käme.“

Im Oktober 1885 stellte aber Engels fest — und hier liegt eine auffallende Ähnlichkeit mit unserer Lage —, daß es sich nicht mehr um die Wiederherstellung der offenen Monarchie handelt. „An die Monarchie selbst glaubt kein Mensch in Frankreich ernsthaft. Schon wegen der Unzahl der Präsidentsanten.“ Der Kampf um die Staatsform hatte somit einen anderen Inhalt bekommen: eine „gefährdete Republik“ („la république en danger“) oder „Herstellung einer „radikalen“ Republik“. Dieser Alternative entspricht vollkommen die unsere: faschistische Diktatur oder demokratische Republik. In solcher Situation erschien es Engels als „ganz natürlich“, daß die französischen Arbeiter ihre Stimmzettel nicht wegwerfen wollten und schon im ersten Wahlgang nicht aussichtslose Sozialisten, sondern die demokratischen bürgerlichen Kandidaten wählten. Es mußte der französischen Arbeiterschaft erspart bleiben, gezwungen zu sein, noch einmal die „bürgerliche Republik“ erobern zu müssen.

Man kann sich gut vorstellen, mit welchem Spott Engels auf den Einwand, eine solche Politik verstieße gegen die sozialistischen Grundsätze, geantwortet hätte! Er trat auch für Deutschland für Wahlvereinbarungen mit den bürgerlichen Parteien ein, sogar nicht nur bei den Stichwahlen, sondern unter Umständen schon vor den Hauptwahlen. Wie er am 23. Mai 1884 schrieb, hat er das Singer, der bei ihm in London zum Besuch war, auseinandergesetzt: „Ich sagte ihm sogar, daß z. B. in Orten wie Berlin, wo der Wahlkampf ganz zwischen uns und dem Fortschritt liegt, Verträge vor der Hauptwahl nicht ausgeschlossen seien; ihr tretet uns diese Wahlbezirke ab, dafür wir euch jene — natürlich nur, wenn man auch darauf rechnen kann, daß es eingehalten wird.“

Nach dem Übergang zur Verhältniswahl bestand in Deutschland bei den Reichstagswahlen das Problem der Wahlvereinbarungen nicht mehr. Es blieb aber bei den Reichspräsidentenwahlen bestehen. Es bleiben auch alle Argumente gegen die Zählkandidaturen in Kraft, erst recht für den gegenwärtigen Kampf, in dem die Stimmabgabe für einen aussichtslosen Sozialisten die Ausflucht des faschistischen Sieges vergrößern würde und die Stimmabgabe für Hindenburg die Aussicht schafft, den Faschismus entschieden zu schlagen. Vom Standpunkt eines unklaren „Gesellschaftssozialismus“ aus läßt sich gegen die Parole der Partei für Hindenburg mancherlei einwenden. Für einen marxistisch geschilderten Politiker handelt es sich aber um eine politisch völlig einfache Entscheidung.

Kriegsopfer für Hindenburg.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten gegen Hitler und Thälmann.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen appellierte bei seiner Reichskonferenz in Nürnberg an die Kriegsopfer, die wirklichen Frontkämpfer, bei der Reichspräsidentenwahl dafür zu sorgen, daß die deutsche Republik nicht infolge eines Faschistensieges im Blutbad eines Bürgerkrieges untergeht.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es:

„Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hält es für seine Pflicht, die Kriegsopfer auf die ungeheuren Gefahren aufmerksam zu machen, die entstehen müssen, wenn es den Feinden der Republik und der Demokratie gelingt, den Staatsbürgern die verfassungsmäßigen Rechte zu rauben und das deutsche Volk der Schande einer Diktatur auszuliefern. Die Kriegsopfer Deutschlands, in deren Namen zu sprechen der Reichsbund als stärkste Organisation das Recht hat, weist mit aller Entschiedenheit die unerhörte Annahme des nationalsozialistischen Präsidentschaftskandidaten zurück, sich für seine Freiheit und Frieden zerstörenden politischen Gewaltpläne auf die Toten des Weltkrieges zu berufen, für deren Hinterbliebenen seine Partei noch nicht die kleinste praktische Leistung vollbracht hat.“

Ohne die politische Freiheit — so heißt es in der Entschließung weiter — sei kein Wiederaufstieg aus dem sozialen Tiefstand möglich, auf den die Kriegsopfer durch Wirtschaftskrise, Vertrauensverfall und Störung der parlamentarischen Gesetzgebungsarbeit

herabgedrückt worden seien. Für sie sei der Inbegriff der politischen Rechte und Freiheiten die Verfassung von Weimar. Die Kriegsopfer dankten dem Reichspräsidenten Hindenburg, daß er ein vorbildliches Beispiel von Verfassungstreue und Eidspflicht gegeben habe. In der Überzeugung, daß die Entscheidung nur zwischen Hindenburg und Hitler, zwischen Republik und Faschismus falle, gelte am 13. März die Parole: „Alle Kriegsopfer Deutschlands wählen Hindenburg!“

Ueber die Sozialpolitik und die Versorgung der Kriegsopfer sprach auf der Konferenz der zweite Bundesvorsitzende Roa. Er betonte, die Rentenminderung allein bei den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen habe in den letzten drei Jahren eine Minderung der Kaufkraft um etwa 600 Millionen Mark hervorgerufen. Wäre heute ein vollarbeitfähiges Parlament vorhanden, dann hätte nie den Kriegsopfern so bitteres Unrecht angetan werden können. Besonders scharf wandte sich Roa gegen die Anrechnung der Renten auf die Arbeitslosen-, Anwartschafts-, Unfall-, Angestellten- und Krankenversicherung, wodurch der Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistung trotz jahrelanger Beitragszahlung zum Teil beseitigt worden sei. Der Reichsbund fordere schleunigst Wiederherstellung des alten Rechts. Die Roteverordnungen seien für die Kriegsopfer auf die Dauer unerträglich.

Die Forderungen Roas, die in der Aussprache zum Teil kräftig unterstrichen wurden, fanden in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Zustimmung der Reichskonferenz.

Hindenburg in der Dreiflinie.

Die Heze gegen Ebert wiederholt sich gegen Hindenburg.

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse teilt mit: „Wie aus Rostock berichtet wird, ist in Mecklenburg ein Flugblatt verbreitet, das angeblich zur Wahl des Feldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten auffordert. Der Reichspräsident wird auf dem Plakat bildhaft in verzerrter, abstoßender Form dargestellt. Unterzeichnet ist das Plakat mit den Namen des preussischen Wohlfahrtsministers Dr. Hirtfelder und des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald, beides Mitglieder der Zentrumsparlei, womit offenbar im protestantischen Mecklenburg die Kandidatur Hindenburgs besonders unpopulär gemacht werden soll. Das Plakat ist eine Geschmackslosigkeit und, was die Unterschriften betrifft, eine Fälschung.“

Aus Reetz im Kreise Jauch-Belzig wird berichtet, daß in einer Wahlversammlung am 6. März ein nationalsozialistischer Redner aus Anhalt folgende Behauptung aufstellte: Der Reichspräsident von Hindenburg habe vor wenigen Wochen einen Schlaganfall erlitten, wovon eine Bähmung des rechten Beines zurückgeblieben sei. Bei der Befähigung des Berliner Wachregiments in der vergangenen Woche habe man den Reichspräsidenten aus dem Auto herausheben müssen.

Diese unwahre Behauptung des nationalsozialistischen Redners sei mit den übrigen Fälschungen hiermit niedriger gehängt.

Wie sie täuschen.

Das Kölner Razi-Blatt hat dieser Tage ohne Herkunftsbezeichnung und ohne Datum einen Aufruf führender Zentrumsmitglieder, darunter zahlreicher Geistlicher, wiedergegeben, in dem davon gesprochen wird, daß die Einkreisung des Zentrums nicht mehr vereinbar ist mit christlichen Grundsätzen. Aber dieser Aufruf stammt nicht etwa von heute oder gestern, sondern ist vor zwölf Jahren, am 18. April 1920, im Inseratenteil der Röllischen Volkszeitung erschienen. Danach sagt das Razi-Blatt kein Wort. Es tut, als ob der Aufruf neuesten Datums sei und gibt ihn trotz vorsichtiger Auswahl mit Unterschriften von Persönlichkeiten wieder, die in der Zwischenzeit längst verstorben sind oder heute im Zentrum als ausgesprochene Linkspolitiker gelten. Diese Demagogie wird schließlich noch dadurch übertrieben, daß der Aufruf nicht wörtlich wiedergegeben wurde. Alle Sätze des Aufrufs, die auf die damalige Zeit, also vor zwölf Jahren Bezug hatten, sind in der Veröffentlichung des Razi-Blattes nicht enthalten. Der Eindruck, als könne es sich um einen Aufruf älteren Datums handeln, sollte peinlichst vermieden werden; denn der Zweck der Fälschung ist schließlich, auf die Zentrumsanhänger zu wirken.

Der „Börsliche Beobachter“, für den Hitler trotz seiner Eigenschaft als Parteibuchbeamter immer noch als Herausgeber zeichnet, hat den Schwindel des Kölner Razi-Blattes inzwischen wiederholt. Auch er erweckt den Eindruck, als ob der Aufruf für die gegenwärtige Zeit geschrieben ist, obwohl ihm bei dem Abdruck bekannt war, daß die Wiedergabe des Aufrufs, wie er in dem Kölner Razi-Blatt erschienen ist, eine Fälschung und ein Betrugsmasche darstellt.

Schwindel ohne Ende.

Nationallügen in großer Form.

„Die Verlogenheit der Nationalsozialisten ist grenzenlos. Es ist ein Jammer, daß man mit einer Partei in dieser Weise umgehen muß, aber es ist unmöglich, die nationalsozialistische Lügenkammerflut des Land verlassen zu lassen.“ (Aus der Thüringer Landbundeszeitung vom 9. August 1930).

Der frühere deutschnationale Handlungsgehilfe aus Umanen, jetziger Parteibuchbeamte, Razi-Bürgermeister Marschler in Odruf, hat da in Eisenach einmal eine seiner bekannten von Unwahrheit strotzenden Reden vom Stapel gelassen, in der er sich u. a. auch mit dem preussischen Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun beschäftigte. Die „Eisenacher Zeitung“ war so lebenswürdig, die Unwahrheiten mit schmägender Begehung weiter zu verbreiten. Jetzt bringt die „Eisenacher Zeitung“ folgende Berichtigung:

In der mir erst jetzt zu Gesicht kommenden „Eisenacher Zeitung“, Nummer 17 vom 21. Januar 1932, finde ich den Bericht über eine nationalsozialistische Rundgebung folgenden Passus: „Wit Mart und fünfzig Pfennige als Unterzeichnung für Mann, Frau und Kind für die Woche, und das seit Jahren, und 80 000 Schweizer Goldfranken für ein in der Schweiz befindliches Haus des Ministerpräsidenten Braun, die Folgerung leuchtet wohl jedem ein und gebe jedem zu denken.“

Hierzu stelle ich berichtigend fest: Es ist unwahr, daß ein Haus für 80 000 Schweizer Goldfranken für mich im Bau befindlich sei. Wahr ist vielmehr, daß in der Schweiz weder für den Betrag von 80 000 Schweizer Goldfranken noch für irgendeinen

anderen Betrag ein Haus für mich errichtet wird, oder etwa bereits errichtet ist, oder auch nur in Auftrag gegeben worden wäre.

Braun, Preussischer Ministerpräsident.

Wie schreibt doch Adolf Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ (Band 1 Seite 244):

„In der Größe der Lüge liegt immer ein Faktor des Glaubwürdigens... Daher denn auch gerade von der frechsten Lüge immer noch etwas übrig und hängen bleibt.“

Marschler scheint ein sehr gelehriger Anhänger seines Herrn und Meisters zu sein.

Ein Blindgänger.

Deutschnationale Zweiflügel.

Die Hugenberg-Presse berichtet — z. B. die „Nachtausgabe“ unter der Ueberschrift „Schwere Vorwürfe gegen SPD-Landrat. Disziplinarverfahren beschlossen“ —, daß der Kreistag des Kreises Jüterburg Verfehlungen bei Hausbauten des Kreises aufgedeckt habe, die bis zum Jahre 1920 und damit in die Amtszeit des Landrats Grimpe (jetziger Regierungspräsident in Kiel) zurückzuführen. Angeblich sollen bei der Vergabung der Bauten besonders sozialdemokratische Unternehmer bevorzugt worden sein, denen Materialien bezahlt worden sein sollen, die niemals geliefert worden sind. Weiter wird behauptet, daß Landrat Grimpe eine Abrechnung der Bauten gegenüber dem Kreistag niemals vorgenommen habe. Die Meldung schließt mit der Mitteilung, daß der Kreistag beschlossen habe, gegen den früheren Landrat Grimpe ein Disziplinarverfahren einzuleiten.

Hierzu stellt der Amalische Preussische Pressedienst fest: Hausbauten des Kreises sind niemals von dem Landrat persönlich, sondern nur von dem Kreisaußschuß auf einstimmigen Beschluß vergeben worden. Sozialdemokratische Bauunternehmer konnten bei der Vergabung schon deshalb nicht bevorzugt werden, da es im ganzen Kreise Jüterburg überhaupt keine sozialdemokratischen Bauunternehmer gibt, dagegen besteht, daß ein deutschnationaler Bauunternehmer, der zugleich Mitglied des Kreisrates ist, bei den Vergabungen beteiligt worden ist.

Unwahr ist auch die Behauptung, der frühere Landrat Grimpe habe eine Abrechnung der Bauten gegenüber dem Kreistag niemals vorgenommen, da dem Kreistag genaue Rechnung über diese Bauten des Kreises vorgelegt worden ist. Im übrigen ist noch zu bemerken, daß selbstverständlich der Kreistag gar nicht in der Lage ist, ein Disziplinarverfahren zu beschließen; das kann nur der Regierungspräsident bzw. der Minister.

Eine deutsche Prinzessin.

Prinz Danilo von Montenegro klagt für seine Frau Jutta

Die Fürstenabfindung des Staates Medienuberg-Streich wurde am Dienstag vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte, Mi-Roabit, eröffnet. Es wurde der im Januar vertagte Beleidigungsprozeß verhandelt, den der Erbprinz Danilo von Montenegro für seine Frau, Prinzessin Milha, geb. Herzogin Jutta von Mecklenburg, gegen den verantwortlichen Schriftleiter der Berliner Tageszeitung „Der Jungdeutsche“, Erich Globighey, angestrengt hat. Im besonderen handelt es sich um das Verhalten des Prinzen Danilo und der Prinzessin Milha bei der Klage, die sie als früher feindliche Ausländer vor dem deutsch-südslawischen Schiedsgericht in Paris gegen das Deutsche Reich erhoben hatten.

Die Verhandlung endete mit einem Vergleich, in dem der beklagte Redakteur den erhobenen Vorwurf, das Verhalten der Milha sei „deutschbeherisch“ gewesen, nur auf ihr Verhalten in dem angestrengten Ziellprozeß beschränkte und ihn, nachdem durch die Erklärung des Klagevertreters festgestellt sei, daß Milha diesen Prozeß nicht entscheidend beeinflusst habe, formell zurücknahm.

Goebbels an Groener. Die RSDAP veröffentlicht einen Offenen Brief von Goebbels an Groener, in dem über die zahlreichen Verbote nationalsozialistischer Zeitungen Beschwerde geführt und behauptet wird, die Kommunisten würden von der Polizei gegenüber den Nazis bevorzugt.

Botshasterrat von Twardowski hat die Nacht befriedigend verbracht und mit Unterbrechungen geschlafen. Die Temperatur ist normal, die Operationswunde in gutem Zustand. Das subjektive Befinden ist befriedigend.

Der ungarische Putschplan. Nach wochenlangem Prozeß in Budapest wegen der Putschvorbereitung im Herbst wurde der Angeklagte Oberoffizial Ladislaus Banffy zu 6 Monaten Gefängnis und Degradierung verurteilt. Von der Untersuchungshaft werden 83 Tage angerechnet.

Milde Richter für SA-Bestien.

Das Urteil über Eickendorf.

Magdeburg, 8. März.

Das erweiterte Schöffengericht fällte nach 10tägiger Verhandlung in Schönebeck das Urteil in dem Landfriedensbruch-Prozess, der wegen der blutigen Vorfälle im Eickendorf angeklagt worden war. Dort hatten fanatische Hitlerbanden Reichsbannerleute überfallen und vielfach mißhandelt. Einige der Überfallenen waren mit Messertischen unmissverständlich zugerichtet worden. Auch der Amtsvorsteher des Ortes, der als Polizeiverwalter eingreifen wollte, wurde von den SA-Leuten mit Knäueln und Messern furchtbar zugerichtet. Trotz des unzweifelhaften Tatbestandes hatte man auch einen der mißhandelten Reichsbannerleute mit angeklagt. Dieser mußte aber angesichts des Ergebnisses der Verhandlung freigesprochen werden. Während der Verhandlung hatte sich, wie wir berichteten, herausgestellt, daß die Nationalsozialisten eine förmliche Meineidsfabrik aufgemacht, um sich gegenseitig „herauszuschneiden“. Ein jugendlicher Zeuge gab unter dem Eindruck der Beweisaufnahme zu, falsch ausgesagt zu haben. Er wurde sofort in Haft genommen. Während das Gericht über den Antrag beriet, auch den Angeklagten Karbe wegen Verleitung zum Meineid in Haft zu nehmen, zog dieser es vor, auf Nimmerwiedersehen zu verschwinden. Trotz der so festgestellten Verlogenheit der angeklagten und nicht angeklagten Nationalsozialisten fiel das Urteil überraschend milde aus. Der geflüchtete nationalsozialistische Sturmführer Karbe wurde in Abwesenheit wegen gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis, der SA-Mann Schmidt wegen gefährlicher Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Unterwerfungshaft als verbüßt angesehen werden. Schmidt wurde von den übrigen Anklagen freigesprochen. Der Angeklagte Siee wurde wegen gefährlicher schwerer Körperverletzung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der SA-Mann Stille wurde freigesprochen. Die Entscheidung über eine eventuelle Strafaussetzung bei dem Angeklagten Siee behält sich das Gericht vor.

Das Gericht ist damit sehr wesentlich unter den Strafanträgen des Staatsanwalts geblieben, der gegen zwei angeklagte Nationalsozialisten außerordentlich schwere Zuchthausstrafen in Höhe von 2½ bzw. 4 Jahren beantragt hatte.

Im Vergleich zu der ungeheuerlichen Brutalität und zynischen Verlogenheit, die die Nazis an den Tag legten, wirkt dieses Urteil durch seine wohlwollende Milde geradezu anstößend.

Die Verantwortlichen vom „Angriff“.

Keiner will es gewesen sein

Bei den „Angriff“-Redakteuren scheint es Methode zu sein, sich hintereinander zu verstecken. Wird einer von den fünf verantwortlichen Redakteuren auf die Anklagebank gesetzt, so behauptet er, der andere sei es gewesen, der ausgerechnet für diesen Artikel die Verantwortung trage. So war es auch gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte.

Auf der Anklagebank saß der verantwortliche Redakteur Zietlow. Die Anklage lautete auf Anreizung zum Mord und Aufreizung zu einer strafbaren Handlung. Gegenstand der Anklage war die geistreiche Zeichnung im „Angriff“, einen Juden darstellend, der durch einen Faustschlag ins Gesicht seine Zähne verliert, gleichzeitig auch den „Vorwärts“ und die „Rote Fahne“ fallen läßt. Ueberschrift: der „Hib“ ist die beste Parade. Diese brutale Geschmacklosigkeit hatte dem „Angriff“ ein Zeitungsverbot gefolgt und Zietlow einen Strafbefehl von zwei Monaten eingebraucht.

In der gestrigen Verhandlung erklärte nun der Angeklagte Zietlow, nicht er, sondern sein Kollege Dörr trage die Verantwortung für den Artikel. Es gelang ihm auch, das Gericht von der Richtigkeit seiner Behauptung zu überzeugen; er wurde freigesprochen. Auf wen mag nun Herr Dörr die Verantwortung abwälzen?

Für Senkung der Rundfunkgebühren.

Eine sozialdemokratische Forderung.

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsweit hat sich in seinen letzten Sitzungen u. a. auch mit den Rundfunkgebühren beschäftigt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Herx legte sich nachdrücklich für eine Ermäßigung der Rundfunkgebühren ein.

Die monatliche Rundfunkgebühr von 2 R. ist vor vielen Jahren, als noch mit ganz anderen Verhältnissen zu rechnen war, festgesetzt worden. Inzwischen sind weitgehende Veränderungen im gesamten Rundfunkwesen eingetreten, ohne daß die Höhe der Gebühren davon berührt worden wäre. Der jetzige Satz darf aber nicht als ewig und unantastbar aufgefaßt werden. Es ist endlich an der Zeit, daß dem Verlangen der Hörer auf Senkung der Gebühren nachgegeben wird. Schon die noch immer ansteigende Teilnehmerzahl — wir haben jetzt rund 4 Millionen Hörer — müßte eine Gebührensenkung rechtfertigen. Außerdem darf die auf allen Gebieten eingetretene Preisentwertung, die auch verheerend auf eine Senkung der öffentlichen Tarife geführt hat, an den Rundfunkgebühren nicht spurlos vorübergehen.

Diese Preisentwertungen haben ohnehin nicht das Ausmaß der Rückgänge bei den Bühnen und Gehältern erreicht und es ist deshalb nur allzu verständlich, daß in den Hörerkreisen eine Verminderung der Rundfunkgebühren mit immer stärkerem Nachdruck verlangt wird. Dieser Forderung muß um so mehr Rechnung getragen werden, als der Rundfunk nicht als eine wirtschaftliche Einrichtung aufgefaßt werden darf, deren höchstes Ziel die Erzielung von Gewinnen ist. Der Rundfunk ist eine Kultureinrichtung von allergrößter Bedeutung. Das Bestreben, die Teilnahme an dieser Einrichtung dem wirtschaftlich Schwachen nach Möglichkeit zu erleichtern, muß in der Bemessung der Gebühren zum Ausdruck kommen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß niedrige Gebühren, die zu einem weiteren starken Anwachsen der Teilnehmerzahl führen, im Endergebnis einen gleich großen oder noch höheren finanziellen Ertrag liefern, als es jetzt der Fall ist. Deshalb scheint eine Gebührensenkung nicht nur aus kulturellen und sozialen Erwägungen, sondern auch vom Standpunkt größerer Wirtschaftlichkeit des Rundfunks dringend notwendig.

Selbstverständlich darf die Senkung der Rundfunkgebühren nicht in einer Verschlechterung des Programms zum Ausdruck kommen. Die Kürzung an den Ausgaben für die Programmgestaltung wäre auch durchaus vermeidbar, dagegen sind Einsparungen auf vielen anderen Gebieten möglich und vertretbar.

Geschenk für Hitlers Stabschef.

„Hätten Sie für junge Neger in Uniform etwas übrig — Schwarze Rekruten, dieser Typ ist mein Ideal...“
(Aus den Briefen des Hauptmanns Röh m)

Deutschland erwache!



Deutschlands Zollrüstung.

Die Verordnung über die neuen Kampfzölle.

Die Reichsregierung hat jetzt im Reichsgesetzblatt vom 7. März die Einführung außerordentlicher Kampfzölle auf dem Verordnungswege beauftragt. Diese Kampfzölle werden in der Form eines sogenannten Overtarifes eingeführt, dessen Höhe ganz erheblich über dem Stande des normalen, in Geltung befindlichen Zolltarifes liegen. Der neue Overtarif stellt eine handelspolitische Abwehrmaßnahme Deutschlands gegenüber der Hochschutzzollpolitik und den Einfuhrerleichterungen in der ganzen Welt dar.

Dieser Abwehrcharakter des neuen Overtarifes kommt auch in Artikel 1 der Verordnung zum Ausdruck, in dem es heißt, daß seine Zollhöhe nur gegenüber Ländern angewendet werden, mit denen das Deutsche Reich in keinem handelsverträglichen Verhältnis steht bzw. Ländern gegenüber, welche deutsche Waren schlechter behandeln als die Waren eines anderen Landes. Die Länder, gegen die der neue Kampfzoll Anwendung findet, werden in einer weiteren Verordnung bestimmt.

Bei der gegenwärtigen handelspolitischen Situation kämen zunächst nur Kanada, Australien und Polen, mit denen noch kein Handelsvertrag abgeschlossen ist, für den Overtarif in Betracht. Nach der Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags durch die Schweiz besteht allerdings auch hier ein vertragloser Zustand, jedoch hat die Schweiz zunächst noch Deutschland das Recht der Reisibeginnstufung zugestanden, so daß hier die deutschen Kampfzölle zur Zeit nicht in Betracht kommen, da der deutsche Export in der Schweiz nicht schlechter behandelt wird als die Waren anderer Länder. Außerdem sieht die Verordnung die

Kennzeichnung des Herstellungslandes bei Einfuhrwaren vor, um eine Umgehung der Kampfzölle zu verhindern.

Der neue Kampfzolltarif umfaßt nahezu alle Positionen des geltenden Zolltarifes, so daß er eine außerordentlich scharfe Waffe darstellt. Die Erhebung der einzelnen Zollpositionen gegenüber dem geltenden Tarif ist sehr stark abgestuft. Sie beträgt in vielen Fällen das Doppelte und Dreifache, geht jedoch bei verschiedenen Waren bis auf 1000 Prozent.

Gegen die Einführung dieser neuen Kampfzölle als Waffe im Abwehrkampf gegen den überhandnehmenden Protektionismus in der Welt ist bei der Lebensnotwendigkeit einer Erhaltung des Exportes für Deutschland grundsätzlich nichts einzuwenden. Die Existenz dieses Overtarifes mit seinen scharfen Kampfzöllen allein dürfte genügen, um einen allzu milden Protektionismus in den Ländern, die auf den Absatz ihrer Waren in Deutschland angewiesen sind, zu dämpfen. Der deutsche Kampfzoll kann daher die Bereitwilligkeit des einen oder anderen Landes, mit Deutschland Handelsverträge abzuschließen, erheblich fördern.

Andererseits liegen bei der außerordentlichen Höhe dieser Kampfzölle in der Einführung des Overtarifes auch schwere Gefahren verborgen, falls die Reichsregierung diesen Overtarif zu aggressiven Zwecken einsetzen sollte. Es kann in diesem Zusammenhang nicht oft genug betont werden, daß Deutschland als Exportland allen Anlaß hat, in der vordersten Front der Schutzzollgegner zu kämpfen, da jede handelspolitische Wende gegenüber dem Ausland doppelt und dreifach auf den deutschen Export zurückschlägt. Die Sozialdemokratie würde daher eine angriffsweise Verwendung der neuen Zölle scharf bekämpfen.

Trauerfeierung der Kammer.

Nachrufe auf Briand.

Paris, 8. März. (Eigenbericht.)

Kammerpräsident Bouisson verlas zu Beginn der Dienstags-Nachmittagsitzung einen Ausruf auf Briand, der von den Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten stehend angehört wurde. Der deutsche Botschafter von Hoepf, der kurz zuvor einen Beileichtrauf auf dem Sterbebett Briands niedergelegt hatte, wohnte in der Diplomatenloge der Sitzung bei.

Bouisson führte u. a. aus: „Jeder ist davon überzeugt, daß mit Briand eine Kraft verschwindet, die im Dienste einer großen Sache stand, und jeder fühlt, daß, um sie zu ersetzen, nichts weniger als eine Kollektivkraft notwendig sein wird, die Übereinstimmung aller guten Willen, die er befehlend und vereinigen wollte. Während der letzten sieben Jahre seiner Tätigkeit als Außenminister rundete sich in ergreifenden Zügen die Gestalt des Staatsmannes ab. Dieser größte Mann Frankreichs gehört nur ihm nicht mehr ganz. Dieser vollkommene Franzose, der sein Land bis zu den unermesslichsten Nuancen liebte, war der Mitbürger der Menschen geworden, die ihm in der ganzen Welt ihr Vertrauen geschenkt hatten. Der Name Briand war für sie über alle internationalen Erwägungen hinweg und in der Beforgnis um eine sichere Zukunft

wie ein Signal der Hoffnung.

Jedemal, wenn er auf der Senfer Tribüne erschien, erwartete man von ihm, daß er das Gewitter beschwöre. Er kannte sehr wohl die Eitelkeit der Neben, die nicht von Handlungen begleitet sind. Aber jedes Jahr besetzte ihn mehr die Überzeugung, daß man sich an die Völker wenden muß, um den Krieg zu bannen.“

Der Kammerpräsident verlas darauf mehrere Beileidsprogramme von ausländischen Parlamenten. Im Namen der Regierung widmete Lardieu dem Verstorbenen einige Gedenkworte. Ministerpräsident Lardieu nannte Briand einen der größten Parlamentarier Frankreichs und sagte, Briand sei ein Beispiel für alle, denen an dem Frieden der Welt, dem Frieden der Parteien und dem Frieden der Völker gelegen wäre.

Großmächte sabotieren weiter!

Südafrika prangert Japans Vertragsbruch an.

Genf, 8. März. (Eigenbericht.)

Die Generalkommission der Völkerbundversammlung führte am Dienstag den 7. März durch um die Entschärfung im chinesisch-japanischen Konflikt. Unter dem bereits erwähnten englischen Vor-

schlag liegen dem Ausschuss noch Anträge vor, die wirkliche Entschärfungen fordern. Ihr Text ist noch unbekannt, doch gehen die diplomatischen Verhandlungen der Großmächte darauf aus, diese Vorschläge nicht zur Abstimmung kommen zu lassen. (1)

Der südafrikanische Delegierte brachte die Debatte wieder auf ihre anfängliche Höhe mit der direkten Frage an Japan nach den Gründen, aus denen es seine Differenzen mit China vor Anwendung von Gewalt nicht vor den Völkerbund gebracht habe. Es sei die Pflicht der Vollversammlung, über diese Gründe zu urteilen. Die gut ausgerüsteten japanischen Streitkräfte seien in China eingefallen und hätten riesige Gebiete besetzt. China habe seine Sache sofort in die Hände des Völkerbunds gelegt. Japan habe das friedliche Verfahren verweigert. Daher sei völlig klar, daß Japan die Vorschriften des von ihm unterschriebenen Paktes nicht eingehalten habe. Südafrika müsse unbedingt darauf bestehen, daß Japan so klar wie möglich der Vollversammlung die Gründe für den Bruch des Paktes darlege. Es verlange eine energische wirkliche Entschärfung, nicht in Worten, sondern in Taten.

Ebenso eindeutig stellte Yen-China fest, der Bruch des Artikels 10 und die offizielle Ablehnung des Friedensverfahrens nach Artikel 12 durch Japan seien Tatsachen, für deren Feststellung die Vollversammlung keinen Bericht einer Spezialkommission brauche. Sie müsse von sich aus zu Japan sagen, es habe den Pakt gebrochen und müsse zu ihm zurückkehren durch friedliche Regelung des Konflikts. Eine solche Entschärfung entspreche allein den Tatsachen und den Erwartungen der ganzen Welt. Die Debatte habe China gerechtfertigt. Es verlange nochmals im Namen der Völkerbundversammlung handle.

Gegen diese eindeutigen Feststellungen führte Sato-Japan nur wieder die alten Behauptungen von der chinesischen Gefahr und den friedlichen Absichten Japans ins Feld.

Wieder Luftbombardement.

Tokio, 8. März.

Japanische Flugzeuge haben am Dienstag Sutschou mit 30 Bomben belegt. 15 Personen wurden durch die Bomben getötet.

Von Kämpfen an der neuen Front ist noch nichts gemeldet. Man braucht also nicht die Hoffnung aufzugeben, daß es doch zu Friedensverhandlungen kommt. Ernüchternd und erbitternd bleibt es auf alle Fälle für China, mit dem ins Land rechtsbrecherisch und kriegerisch eingebrochenen Fremdstaat verhandeln zu müssen.

Für die Wirtschaftslage in Japan ist es bezeichnend, daß wieder fünf Banken die Zahlungen eingestellt haben.

Der Zentralkomiteeauschuß der Kuomintang beschloß, Peking als zweite Hauptstadt Chinas mit gleichen Rechten wie Nanjing zu erklären, und zwar unter dem Namen Hsiching, den diese Stadt unter der Dynastie der Tang vor über tausend Jahren geführt hat.

Wahlkampf: Schwere Tage für die Polizei.

Eine Unterredung mit dem Polizeipräsidenten. — „Hut ab vor den Schupos.“ — Warnung an die Nazis.

Vier Tage trennen uns noch von der großen politischen Entscheidungsschlacht, die in Deutschland zwischen der Demokratie und dem faschistischen Gewaltregiment ausgefochten wird. Der Wahlkampf ist auf seinem Höhepunkt angelangt. Von den Litfassäulen rufen die Plakate die Namen der Kandidaten; Lichtreklame, Flugzeug und Lautsprecherauto sind neben dem Flugblatt in den Dienst der Wahlpropaganda gestellt. Im Polizeipräsidium werden allein für das Gebiet Groß-Berlin täglich annähernd 200 politische Versammlungen angemeldet. An die Polizeibeamten, als die Hüter von Ordnung und Sicherheit, stellt ein derart leidenschaftlich geführter Wahlkampf höchste Anforderungen. In allen Polizeireviere, in den Schupokasernen und im Präsidium herrscht Hochbetrieb. In den letzten Tagen sind die Schupos oft tagelang nicht aus den Kleidern gekommen. In einer Unterredung, die ein Mitglied der „Vorwärts“-Redaktion mit dem Chef der Berliner Polizei, Genosse Albert Grzesinski, hatte, äußerte sich der Polizeipräsident ausführlich über die Arbeit und die Aufgaben der Polizei im Wahlkampf.

Der Polizeipräsident erklärte: In unserer aufgeregten Zeit der Not ist die Polizei schon in normalen Tagen außerordentlich stark in Anspruch genommen. Eine gewisse Erleichterung hatte das Demonstrationsverbot gebracht, das für Preußen im Oktober vorigen Jahres vom Innenminister erlassen worden war. So ist der Winter in Berlin verhältnismäßig ruhig verlaufen. Außer den Beratungen von Lebensmittelgeschäften, dem „bargeldlosen Einkauf“, wie diese politischen Taten genannt worden sind, und den Schlägereien und gelegentlichen Schießereien zwischen den Vertretern der radikalen Parteien, bei denen es auch Tote gab, wurden Ruhe, Ordnung und Sicherheit voll und ganz aufrechterhalten.

Die kurzfristig angelegte Reichspräsidentenwahl hat alle politischen Parteien und Elemente auf den Plan gerufen. Die Parteien haben ihre Organisationen bis zum äußersten in Bewegung gesetzt. Die Polizei ist seit Wochen fast dauernd im

Alarmzustand

und auf den Beinen. Besonders trifft das auf die Gruppe Mitte zu. Viele Beamte und Offiziere kommen tagelang nicht aus den Kleidern!

Vor einiger Zeit, zu Beginn des Wahlkampfes, sah es so aus, als ob die radikalen Parteien systematisch gegnerische Versammlungen stören wollten. Da scheint mein Brief gut gewirkt zu haben, der Nationalsozialisten und Kommunisten das Verbot ihrer Versammlungen androhte, wenn diese systematischen Störungen anhalten würden. Man war sich sicherlich darüber klar, daß es bei dieser Drohung nicht geblieben wäre. Und so ist über Versammlungsstörungen nicht mehr zu klagen gewesen. Dieser Erfolg zeigt übrigens, daß die radikalen Parteien ihre Anhänger viel mehr in der Hand haben, als sie das wahrhaben wollen. Man muß die Leistungen dieser Parteien für die Handlungen ihrer Anhänger verantwortlich machen. Haben wir in den Versammlungen Ruhe erreichen können, so tobt dafür der

Kampf auf der Straße

um so heftiger. Es vergeht kein Tag, an dem nicht Andersdenkende von ihren politischen Gegnern überfallen werden, und oftmals sind Menschenleben zu beklagen. Nationalsozialisten überfallen Kommunisten, und Kommunisten lauern heimlich Nationalsozialisten auf, wenn sie Flugblätter verbreiten, Plakate ankleben oder Hauspropaganda treiben. Ich habe mich dieser Tage veranlaßt gesehen, auf diesen Unfug öffentlich hinzuweisen. Die Polizei ist mit Ab-

lösung Tag und Nacht auf Straßen und auf den Patrouillenwagen unterwegs. Täglich müssen 50 bis 60, an Sonntagen bis zu 200 Zwangsstellungen vorgenommen werden. Die Festgenommenen müssen im Polizeigewahrsam bleiben, bis sie dem Schnellrichter vorgeführt werden, der erfahrungsgemäß die Anklagen sofort annimmt und zu erheblichen Verurteilungen kommt. Die Vernehmungen der Inhaftierten werden Tag und Nacht durchgeführt. Das ist die Arbeit der Politischen, also der nicht uniformierten Polizei, die nicht weniger in Anspruch genommen wird als die uniformierte Beamtenschaft. Wegen der unerhörten Arbeitsleistung, die ständig von allen Organen der Polizei geleistet wird, muß die gesamte Bevölkerung vor der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei, der Politischen Polizei und selbst der Verwaltungspolizei tief den Hut ziehen.

Ich habe manchmal Sorge, daß die Beamten durch die Ueberlastung zusammenbrechen könnten. Ich stelle aber immer wieder mit Befriedigung und Freude fest, daß die Beamten im Bewußtsein ihrer Pflicht alles hergeben und freudig ihren Dienst tun, weil sie wissen, wie wichtig ihre Arbeit im Interesse des Staates ist.

In der letzten Woche vor der Wahl ist die Plakatzensur für ganz Preußen dem Berliner Polizeipräsidenten übertragen worden. Wohl gemerkt, nur die Plakatzensur. Die Verbreitung von Flugblättern wird verboten, wenn der Inhalt der Blätter eine Schädigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit darstellt. Lokale Parteien bringen ihr Material nicht eher zur Verteilung, als bis über den Inhalt von der Polizei entschieden worden ist. Der Lokalität ermanende Parteien richten dagegen ihren Verteilungsapparat ganz darauf ein, das Material eher zu verbreiten. So war es dieser Tage mit dem schmähligen Flugblatt der Nationalsozialisten, das sich gegen den Reichspräsidenten Hindenburg richtete, dessen Beschlagnahme erst erfolgen konnte, als der Hauptteil der Auflage schon verstreut war.

Notwendige Einschränkungen der Wahlpropaganda

Auf die Frage, welche besonderen Maßnahmen der Berliner Polizeipräsident getroffen hat, um Ausschreitungen der Wahlpropaganda im Keime zu ersticken, erklärte der Chef der Berliner Polizei: „In der letzten Wahlwoche ist der Wahlbetrieb ange-

Schneegestöber im März.

Winterpracht und Matsch.

Was die Wintermonate verläumt haben, will der März offenbar noch nachholen, denn ein Schneetreiben, wie es gettern über Berlin und große Teile des Reiches niederging, ist von solcher Heftigkeit während des ganzen bisherigen Winters nicht zu bezeichnen gewesen. Da der Schnee überall bei Temperaturen von 1 bis 3 Grad Wärme fiel, hat sich die starke Schneedecke nirgends lange gehalten. Nach den vorliegenden Wettermeldungen ist aber anzunehmen, daß nach veränderlichem Wetter am Mittwoch in der Nacht zum Donnerstag wieder Frost einziehen wird.

Das Schneegestöber war zeitweise so stark, daß schon auf eine Entfernung von knapp zwei Metern jede Sicht genommen war. Trotz der ziemlich milden Temperatur bildete sich überall eine hohe Schneedecke, die selbst der Innenstadt, allerdings nur auf kurze Zeit, nochmals ein winterliches Gepräge gab. Als der Schnee in Regen überging, waren Fahrdämme und Bürgersteige bald mit dem berühmten „Berliner Matsch“ überzogen.

zitternd vor seiner bevorstehenden Beurteilung zu vermuten recht langwieriger Gefängnisstrafe, gequält von der Unruhe um das Schicksal seiner Familie und von der Schande, die er über sie gebracht hatte, verfanke er gänzlich in Gram und Verzweiflung. Er ging immer von einer Ecke in die andere, ohne eine Blah zu finden, auf dem er es eine längere Weile hätte aushalten können. Es stand ihm nur ein geringer Wortschatz zu Gebote, und so brachte er seine verspätete Reue immer wieder in den gleichen Wendungen zum Ausdruck.

„Also warum mußte das so sein, möchte ich Sie fragen? Besser man handelt auf der Straße mit Streichhölzern und verdient einen Viertelrubel pro Tag und lebt dabei ruhig zu Hause mit der Frau und den Kinderchen, als man verdient Millionen und sitzt dabei im Gefängnis. Glauben Sie mir als einem Ehrenmann, man soll verkaufen seine letzten Hosen, wenn man nur kann in Freiheit bleiben. Aber wie sagt das Sprichwort: Heirat und Gefängnis, das geht per Verhängnis!“

Wie ich so meine Nachbarn Reue passieren ließ, blieben meine Gedanken bei dem Pferdediebe hängen, dem Zigeuner. „Zigeunerchen“ wäre richtig gesagt, denn er war von niedrigem Wuchs und kindlich zartem Gliederbau. Die Darmgeschichte hatte ihm jetzt den Rest gegeben. Wenn man nicht sein Gesicht, sondern nur seine Gestalt sah, so hätte man ihn für einen fünfzehnjährigen Jungen gehalten. Er konnte einem schon leid tun, wie er so vor Kälte und Krankheit zitterte und aus seinen großen, dunkelbraunen Augen trübselig und gedrückt vor sich hinsah.

Und das war nun also der Bauernschred, der Pferdedieb! Die Bauern, die einen überführten oder doch mutmaßlichen Pferdedieb erwischt, besorgen ihn die ewige Ruhe oder doch zum mindesten ein langwieriges Krankenzimmer. Wenn ich mir den Zigeuner anah mit seiner dünnen und spärlichen Gestalt, dann war es mir ganz unbegreiflich, wie dieser ausgemergelte Kinderkörper Tausende von Schlägen schwerer, wütender Bauernhäute aushalten konnte.

Wenn die Bauern einen Pferdedieb gefangen haben, so rächen sie sich gleichzeitig für die gestohlenen Pferde und für die ihnen bei anderen Gelegenheiten entwichenen Pferdediebe; das ganze Dorf läuft zusammen und schlägt mit Fäusten, Hufeisen, Zügeln und Deichseln auf ihn ein. Sie zer schlagen ihm Lungen und Nieren, schlagen ihm Zähne aus, zerschmettern ihm den Schädel, Arme und Beine.

Die deutschen Kolonisten, verflessen auf ihr Eigentum, rechnen mit Pferdedieben noch grausamer ab. Haben sie einen er-

sichtlich der ungeheuren Bedeutung der Reichspräsidentenwahl und damit die Inanspruchnahme der Polizei besonders groß, zumal die Nationalsozialisten angekündigt haben, diesen Wahlkampf nach amerikanischen Methoden zu führen. Aus Gründen der Sicherheit habe ich mich entschließen müssen, Demonstrationen unter freiem Himmel, die jetzt durch die Lockerung des Demonstrationsverbotes auch in Berlin durchgeführt werden können, nur zu gestatten, wenn sie bis 1/2 Uhr abends beendet sind. Die Propaganda durch Lausprecher, Flugzeuge und andere mit Lärm verbundene Agitationsmittel können nur gestattet werden, wenn die Betätigung des Publikums nicht über das gebotene Maß hinausgeht und die notwendige Rücksichtnahme auf den Andersdenkenden gewahrt bleibt.

Am Wahltag, der wahrscheinlich ruhig verlaufen wird, und in der Nacht vom Sonntag zum Montag ist die Polizei in großem Alarmzustand. Der Polizeipräsident kam dann auf seine Verfügung zu sprechen, die die Bekanntgabe der Wahlergebnisse auf Straßen und Plätzen verbietet, und sagte: „Ich bitte ganz dringend einzusehen, daß angesichts der Situation diese Maßnahme notwendig ist und die Verlagsinstitute deshalb Einsicht zeigen müssen.“

Zwei Ruhetage als Belohnung.

„Wird es möglich sein, den überlasteten Polizeibeamten nach Beendigung des Wahlkampfes als Anerkennung ihrer besonderen Leistungen gewisse Erleichterungen im Dienste zu verschaffen?“ Diese Frage beantwortete der Polizeichef mit der Mitteilung, daß er bereits angeordnet habe, allen Beamten nach dem Wahltag zwei Ruhetage zu geben, die entweder im Anschluß an den Urlaub oder sonst nach freier Wahl genommen werden können. Um den schweren Dienst durchführen zu können, so fuhr der Präsident fort, ist bei der Schutzpolizei jeder Sonderdienst eingestellt worden. Für die Offiziere besteht Urlaubssperre, und auch die Beamten können vom 11. d. M. an nicht mehr beurlaubt werden. Für die Tage der großen Alarmstufe treten selbstverständlich für alle Beamten die Sonderzulagen und die Sonderverpflegung in Kraft.

Nazis, werdet nicht übermütig!

Zum Schluß der Unterredung erklärte Polizeipräsident Grzesinski: „In den letzten Tagen sind wieder Gerüchte verbreitet worden, nach denen in der Nacht vom 13. auf den 14. März von rechtsradikaler Seite Ruhestörungen bestimmt zu erwarten seien. Tatsächlich hat das Halleische Blatt der Nationalsozialisten vor ein paar Tagen geschrieben: „Einen zweiten Wahlgang darf es nicht geben, selbst wenn es die Stimmverhältnisse fordern.“ Trotz dieses Legalitätsausbruches des Nazi-Blattes sehe ich den kommenden Dingen mit Ruhe entgegen. Alle solche Drohungen sind entweder der Ausdruck der eigenen Schwäche oder der Unkenntnis der Stärke des Staates und seiner Träger. Die radikalen Parteien haben die demokratischen Einrichtungen des Staates, den sie bekämpfen und beschimpfen, in den letzten Jahren für ihre Agitation, für ihre Werbetätigkeit überreichlich in Anspruch genommen. Wenn sie in dem Augenblick, wo das Ergebnis der Wahl sie nicht befriedigt, glauben sollten, nunmehr mit ihren Mitteln den Staat bekämpfen zu können, dann würde es für sie und ihre Anhänger, die man nur tief bedauern könnte, ein größliches Erwachen geben.“



Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Was für ein Geheimnis mochte dieser Mann zu verbergen haben? Was für eine Tat lag hinter ihm, wenn er lieber langjährige Kerkerhaft und alle Schrecknisse des Transportes auf sich nahm, als daß er seine Herkunft und seinen Namen verriet?

Man kam nicht dahinter, was für einen Beruf er ausgeübt, was er begangen und wo er bis zu seiner Verhaftung gelebt hatte. Man wußte nur aus einzelnen seiner Andeutungen, daß er sein halbes Leben im Gefängnis, auf Gefangenentransporten, in Fluchtversuchen, in der Zwangsansiedlung und im Verkehrsspielen vor der Polizei hingebracht hatte.

Und dann wieder Burstein! Er wirkte so läppisch neben dem Mann ohne Gedächtnis, weil er dessen vollkommenes Gegenteil darstellte. Ohne Zweifel war er beschränkt, gleichzeitig aber schlau und amüßant.

Seine Familie lebte in einem kleinen Provinzstädtchen und achtete wohl kaum etwas davon, mit was für Dingen er gehandelt hatte, wenn er als Geschäftsreisender in ganz Russland umhergefahren war. Er war ausschließlich Familienmensch und sprach von „der Frau und den Kinderchen“ mit soviel Zärtlichkeit, daß er selbst ganz gerührt wurde und in Tränen ausbrach.

„Glauben Sie mir, Rosjo ohne Gedächtnis“, erzählte Burstein, „solche Kinderchen, wie meine, gibt es nicht zum zweitenmal auf der Welt! Meine Älteste, Gott soll ihr geben Gesund, geht in die sechste Klasse, und die Kleine, soll sie nur immer haben in ihrem Leben, was ihr Vater ihr wünscht, die Kleine geht in die dritte. Die Frau Direktor hat mir gesagt: Rosjo Burstein, hat sie gesagt, ihre Kinder sind wahre Goldstücke, der reine Balsam sind sie.“

Mit ganzer Seele an seiner Familie hängend, unfähig, in einem Leben außerhalb der Familie einen Sinn zu finden,

wischt, so binden sie ihn an einen Wagen, treiben die Pferde an und schleifen ihn viele Werst weit bis auf ein entferntes Feldstück. Blutüberströmte, mit ungezählten Wunden, bewußtlos, wird er bis an den Gürtel in die Erde gegesen und dann seinem Schicksal überlassen. Sie verprügeln auch alle Zigeuner, die sich mit dem Pferdehandel oder dem Beschlagen von Pferden befassen und zu Käufen oder Verkäufen ins Dorf kommen.

Jeder Zigeuner gilt im Dorf für einen Pferdedieb oder doch für einen Käufer und Verkäufer gestohlener Pferde.

Ich liebte mir vom Zigeuner erzählen und stellte mir dabei seine ganzes Leben vor als eine ununterbrochene Kette von Schlägen, Mißhandlungen, Entbehrungen, Hunger, Furcht und gänzlicher Rechtlosigkeit.

Jeder beliebige Pferdediebstahl wurde, wenn der Urheber nicht zu entdecken war, den Zigeunern angehängt, die doch nur ihren kleinen Gewinn dabei machten oder Vermittler waren, das heißt, ihr traditionelles, immer von einem Zigeunergeschlecht aufs nächste forterbendes Gewerbe trieben. Befindet sich der Pferdedieb in Freiheit, so ist sein Leben voll von Schreden, Gefahren und beständiger äußerster Armut. Das Fehlen einer eigenen Häuslichkeit und die Unmöglichkeit, sich vom Stehlen abzuwenden und irgendein anderes Gewerbe zu ergreifen, eine Unmöglichkeit, die Schuld der Polizei ist, weil sie einem einmal beim Pferdediebstahl Erwischten nicht mehr aus ihren Fängen läßt, das alles verwehrt es dem Zigeuner, den Weg aus dem verhetzten Kreis seiner Verkommenheit und des ewigen polizeilichen Argwohn zu finden. Und darum gibt es für ihn keinen Freispruch.

Ich machte Bekanntschaft mit einem Keuling in unserer buntschweifigen Gesellschaft, einem hochgewachsenen, stämmigen, gutgekleideten Mann von etwa fünfundsiebzig Jahren. Sein dunkelblonder Spitzbart, sein langer Schnurrbart, sein volles, gutgenährtes Gesicht, seine Kleidung und die ganze Art seines Auftretens, das alles ließ an einen mittleren Gutsheeren oder Brauereibesitzer denken.

Es stellte sich heraus, daß er der Verwalter eines großen Gutes war. Was ihn ins Gefängnis geführt hatte, darüber sprach er nicht. Allmählich begriff er, daß eine Angelegenheit, zu der man sich nicht bekennen will, nur zu leicht als etwas abstoßend Gemeines empfunden wird; von da an machte er dunkle Anspielungen auf eine politische Denunziation. Aber dazu paßte weder sein Aussehen noch sein ganzes Gehaben.

Es fiel mir auf, daß bei ihm jedes beliebige Thema zuletzt auf die Frau hinausläuft. (Fortsetzung folgt.)

Jugenderziehung . . .

Der Prozeß um Gütergoh. — Ein Angeklagter freigesprochen

In der Nachmittags-Sitzung des Gütergoh-Prozesses in Potsdam wird bei der Vernehmung der Knaben der Angeklagte Meyen von einer Anzahl der jungen Zeugen auf das Schwerste be-lästet.

In Gütergoh, Rommes und bei Ausflügen soll der Angeklagte sich an den Knaben vergangen haben. Meyen bezeichnet die Aus-agen als Lügen und Phantasie. Im weiteren Verlauf der Ver-handlung gegen den Erzieher Meyen gibt der Sachverständige Dr. Blaut-Berlin sein Gutachten über die Glaubwürdigkeit der Knaben ab. Sein Gutachten geht dahin, daß den Aussagen der Knaben unbedingt Glauben zu schenken sei. Der Staats-anwalt beantragt gegen den Angeklagten Meyen wegen Sittlich-keitsverbrechen in drei Fällen insgesamt 1 Jahr 6 Monate Gefäng-nis. Vom Gericht wurde jedoch der Angeklagte auf Staatskosten freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß das Gericht bei den Aussagen der jugendlichen Zeugen habe außer-ordentlich vorsichtig sein müssen. Zwei der jugendlichen Haupt-belaftungszeugen hätten sich in Widersprüche verwickelt. Zu großen Bedenken habe es auch geführt, daß die Angelegenheit erst ein Jahr nach der Entlassung des Angeklagten erstattet wurden. Das Gericht habe die Möglichkeit einer Lüge bei den Knaben für gegeben erachtet, insbesondere, da die Beweisaufnahme ergeben habe, daß die sittlichen Verhältnisse in Gütergoh nicht unbedenklich gewesen seien. Der Angeklagte werde nicht wegen vermehrter Unschuld frei-gesprochen, sondern weil ein schlüssiger Beweis nicht geführt werden könne.

Erziehung mit Feldtelefon und Scheinwerfern.

Dann wird noch mit der Vernehmung zu dem zweiten ähnlich gelagerten Fall des Erziehers Stein begonnen. Seine Gruppe habe ihm sein Vorgänger in unglücklichem Zustande überlassen. Und eine Gruppe von 30 vermögenslosen Jungen könne man nur durch Disziplin zusammenhalten. Darum habe er ebenso wie Meyen den militärischen und soldatischen Geist gewahrt. Er habe Feldtelefone anlegen lassen und Scheinwerfer und Blitzapparate gebaut. Das sei ihm von den Kollegen sehr verübelt worden und es habe eine allgemeine Hege gegen ihn eingeleitet. Der Angeklagte bestreitet ebenfalls, sich irgendwie straf-bar gemacht zu haben und bezeichnet einige Jungen, die ihm Vor-würfe gemacht hätten, als psychopathische Lügner. Die Aussagen der Jungen seien völlig aus der Luft gegriffen. Die Weiterver-handlung wird darauf auf heute vertagt.

Bier Menschen vergiftet.

Tragödien der Großstadt.

In Moabit und im Südwesten der Stadt wurden in den letzten Nachmittagsstunden zwei Tragödien entdeckt.

In seiner Wohnung in der Lübecker Straße 42 wurde der 32 Jahre alte Schaffner Max Krause und seine Braut, die 18jährige Marie L. aus der Wittstocker Straße durch Gas vergiftet rückungslos aufgefunden. Die Bemühungen der alarmierten Feuer-wehr blieben ohne Erfolg. K. war schon einmal verheiratet und ist vor einiger Zeit geschieden worden. Offenbar standen einer ehelichen Verbindung mit dem jungen Mädchen Hindernisse im Wege und aus Verzweiflung darüber ist das Paar gemeinsam in den Tod gegangen.

Die zweite Tragödie spielte sich im Hause Roskoffstraße 61 ab. Hausbewohner bemerkten starken Gasgeruch, der aus der Wohnung des Ehepaars Pawlowski drang. Als auf Klopfen niemand öffnete, wurde die Polizei und Feuerwehr alarmiert. Die ein-dringenden Beamten fanden Pawlowski und seine 40 Jahre alte Frau Marie in dem völlig mit Gas angefüllten Schlafzimmer bewußtlos auf. Während Frau P. nach langwierigen Bemühungen der Samariter wieder ins Leben zurückgerufen werden konnte, blieben die Wiederbelebungsversuche bei dem Mann ohne Erfolg. Krankheit des Mannes war das Motiv zu dem Verzweiflungsschritt.

Und so ein Mann wurde Notar!

Der morphium- und tofainsüchtige Dr. Reif.

Die Verhandlung gegen den Rechtsanwalt und Notar Dr. Hans Reif vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen zahlreicher Unterschlagungen und Veruntreuungen im Amte verdient durch einen Umstand in ganz besonderem Maße öffentliches Interesse.

Wie konnte dieser Mann überhaupt Notar werden? Man hatte bei seiner Ernennung über die Veruntreuung von 20 000 Mark Rückgeldebern hinweggesehen; man hatte ihm das Notariat ge-lassen, obgleich er sich eine Steuerhinterziehung hatte zu-schulden kommen lassen. Mehr noch, er durfte Anwalt bleiben und zum Notar ernannt werden, obgleich sowohl dem Landgericht als auch der Anwaltskammer die Gutachten bekannt sein mußten, die über seinen Geisteszustand bereits im Jahre 1912 an-länglich seiner ersten kriminellen Verfehlungen erstattet worden waren. Die Irrenanstalt von Dalldorf, die ihn zur Untersuchung seines Geisteszustandes mehrere Wochen beherbergte, äußerte Zweifel darüber, ob ihm nicht der § 51 zuerkannt werden müsse. Der Arzt einer anderen Anstalt erklärte ihn für unzurechnungs-fähig. Und dieser Mann durfte Notar werden!

In der gestrigen Verhandlung gingen die Ansichten der Sach-verständigen auseinander. Dr. Winter, der den Angeklagten längere Zeit beobachtet hatte, erklärte ihn für nicht verhandlungsfähig. Dr. Reif habe sich vom Jahre 1927 bis 1931 in hohem Maße dem Katakam, Morphium- und Alkoholmißbrauch hinge-gaben. Man könne bei ihm von einem Charaktererfolg, von einem ethischen Zerrüttungsprozeß sprechen. Aber erst eine Beobachtung in der Irrenanstalt würde ergeben, ob die verschiedenen Erdrungen, die im Augenblick bei ihm bestehen, auf seine Hegekrankung oder auf eine Geisteskrankung zurückzu-führen sind. Dr. Wacker hingegen hielt den Angeklagten für ver-handlungsfähig und wies das Vorhandensein einer Geistes-krankheit. Dr. Reif selbst zeigte ein eigenartliches Verhalten. Trotz aller Vorhaltungen des Vorsitzenden blieb er dabei, sich an nichts erinnern zu können, von allem nichts zu wissen. Nur eins konnte er mit Bestimmtheit sagen: er sei bestohlen worden. Nur mußte er nicht, wer der Dieb war. . .

Das Werk der Berliner Winterhilfe in Pankow. Zu unserem kürzlich veröffentlichten Bericht „2000 brauchen Kleider und Schuhe“ wird uns mitgeteilt, daß das Pankower Hilfswerk der Berliner Winterhilfe unter Beteiligung aller Organisationen der freien Wohl-fahrtspflege durchgeführt wird.

Am 20. Geburtstag feiert am heutigen Tage die Mutter unseres Ge-lassen Bartel, Frau Ottilie Bartel, Petersburger Str. 62.

Schule und Haus gehören zusammen

Erziehungsarbeit der weltlichen Schulen — Rolf Rollerjahn rollt um die Welt

Die weltlichen Schulen pflegen in vorbildlicher Erziehungsarbeit vor allem den Zusammenhang zwischen Schule und Haus. Eine solche Erziehungsarbeit erfordert Opfer, denn sie ist nicht zu schaffen mit gelegentlichen Zusammenkünften des Elternbeirats oder halb-jährlichen Besuchen der Eltern in der Schule, wenn die Verfehlungen bevorstehen. Wie so eine Zusammenarbeit aussehen müßte, zeigten in der vergangenen Woche zwei weltliche Schulen. Es waren Ver-anstaltungen, die wieder einmal bewiesen, wie sozialistische Kusbauarbeit in der Erziehung Früchte trägt. Die Eltern und Kinder zusammenschließen zu einer Gemeinschaft der Arbeit und der Erbauung.

Die weltliche Schule in der Andreasstr. 16 zeigte ein Theater-stück: „Rolf Rollerjahn rollt um die Welt“, das von den Schülern der Grundschule, also den sechs- bis neunjährigen, gespielt, nicht erlernt wurde. Das Theaterstück ist von den Lehrern der Schule aus dem kindlichen Spiel auf dem Hofe, aus ihren Erzählungen, Gesprächen, ihren Phantasien entstanden. Eine Gruppe von Jungens kommt mit ihren Rollern auf die Bühne. Einer rempelt den anderen an. Sofort wird dessen Roller als altes Möbel schlecht gemacht. Nun wird eine Matte abgeschliffen. Rolf Roller-jahn will auf seinem schlechten Roller um die Welt rollen. Und was Rolf jetzt auf dieser Reise erlebt, das ist so großartig in ein-zelnen Bildern erzählt, daß man wünschte, es machte seinen Sieges-zug über die Bühne, wie es in der kleinen Schulaula die Zu-schauer zu immer neuen Begeisterungstürmen hinriß. Die Kinder als Räuber zu Pferde, als rettende Negerkinder, als Indlaner, Chinesen, Neger machten ihre Sache vortrefflich. Vorbildlich haben die Eltern an dem Gelingen mitgearbeitet. Die Mütter haben ge-schminkt und gemalt, gerührt und angezogen. Badewannen in jeder Klasse standen bereit, um die Indlaner- und Negerfarbe wieder ab-zuwaschen. Für jeden gab es etwas zu tun, und . . . und zu lernen. Und so wurde diese gemeinschaftliche Arbeit der Lehrer, Eltern und Kinder zu einem Erlebnis, das für die Schul- und Erziehungs-arbeit wertvolle Früchte tragen wird.

Die weltliche Schule in der Pestalozzistraße, Charlottenburg,

verband ihren Elternabend mit einer Ausstellung der Grund-schule, in der Zeichnungen, Arbeiten aus Plastilin, illustrierte Auf-sätze, Handarbeiten, Zeugnis abgelegt von dem lebensvollen Unter-richt der Schule. Besonders der Zoo mit den Tieren aus Plastilin, wo Affe und Igel, Bär und Löwe, Strauß, Nashorn, Kamel usw. in Köfigen aus Nägeln friedlich beieinander standen, von den Kleinen in liebevoller Sorgfalt gemalt, erregte das Entzücken der Besucher. In der Aula, die bis auf den letzten Platz besetzt war, führte die siebente Klasse eine Turnstunde vor. Die achte Klasse, kostümiert, spielte Schneewittchen. Gesang und Volkstänze wechselten ab, und ein Theaterstück „Doktor Altwissend“, von den Kindern selbst nach einem Bestück dramatisiert, bildete den Höhepunkt. Am eindruckvollsten aber waren die gezeigten Aufnahmen von dem Sommeraufenthalt der Kinder am Uckersee; denn der Ertrag des Abends soll dazu dienen, Kindern, deren Eltern kein Geld übrig haben, auch in diesem Jahr den Aufenthalt in der schönen Natur zu ermöglichen. Die Aufnahmen wurden von den Kindern selbst erklärt. Eine Schulfestung entstand so vor den Augen der Zuhörer, die immer wieder ihre fröhliche Teilnahme bei den kind-lichen ungezwungenen Redewendungen kundgab.

Beide Abende, so lebensvoll, lassen ganz die Umgebung vergessen. Eine Umgebung so trübe, so kassernenartig, daß man merkt, bei der Erbauung dieser Schulhäuser gab es noch keine sozialistische Schulpolitik. Gewiß wurde den Bauvorschriften genügt: die Fenster sind groß und lassen viel Licht herein. Aber sonst: Im Zeichenaal ist die Wand nicht einmal verputzt, die roten Mauer-steine haben die selbe schmutzgrüne graue Farbe bekommen wie die Korridore. Hier mit dem Hardtopf! Aber es fehlt ja am Nötigsten. Die Einnahmen der Elternabende sollen auch dazu dienen, Bücher und die unentbehrlichsten Vermittel zu beschaffen.

In Tempelhof sprach am Dienstagabend in einer außer-ordentlich gut besuchten Versammlung Genosse Albert Fal-len-berg, der mit seinen Ausführungen die Erscheinungen von Anfang bis zum Ende feststellte. Der Zutritt zur Versammlung war so stark, daß die Polizei Abperrungen vornehmen mußte.

Die Molle 5 Pfennig billiger?

Das Reich verteilt wieder zuerst das Fell der Gemeinden.

Schon heute wird sich der Reichsrat mit den Vor-schlägen des Reichsfinanzministeriums zur Senkung der Biersteuer beschäftigen. Entsprechend der Zusage an die Gastwirte soll die Biersteuer dort, wo der höchste Satz (72 Mark je Hektoliter) erhoben wird, um sieben Mark gesenkt werden.

Sehr bestrebtlich muß erscheinen, daß das Reichsfinanz-ministerium seine Versprechungen überwiegend auf Kosten der Gemeinden erfüllen will. Das Reich will auf 25 Proz. der Reichsbiersteuer (3 Mark von je 12 Mark) verzichten, die Ge-meinden aber sollen 40 Proz. ihrer Biersteuern nachlassen (in der höchsten Staffel 4 von 10 Mark). Zwar wird das Reich den

Gemeinden einen Ausgleichsbetrag von 30 Millionen Mark zur Verfügung stellen, für welche Zeit, ist nicht bekannt. Sollte es sich um eine einmalige Zahlung oder um eine Zahlung für das ganze Rechnungsjahr handeln, dann muß dieser Betrag als völlig unzureichend bezeichnet werden; denn das Aufkommen an Gemeindebiersteuer betrug allein im 1. Halbjahr 1931 62,7 Mil-lionen Mark. Es hat danach den Anschein, als sollte die unerträg-liche finanzielle Not der Gemeinden systematisch vergrößert werden.

Die Biersteuerentlastung soll zur Boraussetzung haben, daß die Brauereien von sich aus soviel zur Verbilligung des Bieres bei-tragen, daß der Ausschankpreis für eine Molle (1/2 Liter) um fünf Pfennig herabgesetzt werden kann.

2 Millionen Mantel gestohlen.

Sensationeller Einbruch in die Universität Göttingen.

Ein sensationeller Einbruch ist in das Anthropologische Institut der Universität Göttingen verübt worden. In der Nacht zum Dienstag sind bisher noch völlig unbekannt Täter in die dortigen sorgsam verschlossenen Räume eingedrungen und haben einen kostbaren Königs-mantel aus Hawaii und einen dazugehörigen Helm gestohlen. Als der Einbruch in den frühen Morgenstunden entdeckt wurde, alarmierte der Direktor der Universität die Kriminalpolizei, die sofort die Ermittlungen auf-nahm. Der Mantel, ein ganz besonders wertvolles Altertumsstück, soll anscheinend ins Ausland gebracht werden. Der Königs-mantel repräsentiert einen heutigen Wert von 2 Millionen Mark. Die Göttinger Kriminalpolizei hat umfangreiche Vor-kehrungen getroffen, um der Täter habhaft zu werden. Es muß sich um Personen handeln, die das Anthropologische Institut genau kennen. Die Kriminalpolizei in Göttingen hat auf funkentele-graphischem Wege sämtliche Polizeistationen Europas und von Uebersee von dem Diebstahl benachrichtigt.

Wie kostbar der Mantel war, geht schon daraus hervor, daß das Institut an der Universität seinen Besitz aufmerksam hütete. Der Mantel wurde dem Publikum nicht gezeigt, ebenso auch der dazugehörige Helm. Es handelt sich dabei um außerordentlich kunstvoll aus Federn hergestellte Mäntel. Ein ähnlicher Mantel befindet sich auch im Berliner Völkermuseum. Die Vögel, deren Federn man zur Herstellung dieser Prachtstücke verwendet hat, sind längst ausgestorben und auch die Technik zur Herstellung solcher Bekleidungsstücke ist verloren gegangen. Aus der Unerforschlichkeit und Seltenheit der Stücke ergibt sich ihr ungeheurer Wert. Es ist deshalb ganz unmöglich, das seltene Stück irgendwo zu verkaufen.

Ein ähnliches bisher ungeklärtes Geheimnis umgibt die Statue der Göttin Parvati, die im Januar 1930 aus dem Saal 3 des Museums für Völkermuseum in Berlin gestohlen wurde. Das Steinbildnis ist bis heute nicht wieder aufgetaucht. Alle Nachforschungen der internationalen Kriminalbehörden konnten zu keinem Resultat führen. Die Figur stand im Museum frei auf einem Sockel.

Die Grippeepidemie in Breslau.

55 Schulen geschlossen!

Breslau, 8. März. Die Beirachtung, daß infolge der zahlreichen Grippe-erkrankungen unter den Schülern sich die Zahl der 14 ge-schlossenen Schulen noch vergrößern würde, hat sich durch die in-zwischen erfolgten weiteren Schließungen bestätigt. Am Dienstag mittag waren 55 Schulen und 187 Klassen geschlossen, darunter einzelne Mittelschulen und vier Privatschulen.

Wetterausichten für Berlin. Bei abnehmenden nördlichen bis nordöstlichen Winden zeitweilig Aufreihen der Wolkendecke, kälter, abnehmende Niederschlagsneigung. — Für Deutschland. Im Süden und Westen trübe mit Regenschauern, in Mitteldeutschland zeitweise Aufreihen der Wolkendecke, kälter, Abnahme der Niederschlags-neigung, im Osten ebenfalls Windabnahme, aber noch trübe und vielfach Schneefälle und Frost.

Absturz einer Drahseilbahn.

Lokomotivführer und ein Passagier getötet.

Paris, 8. März.

Wie aus Nizza gemeldet wird, entgleiste am Dienstag die von Beaujeu nach La Turbie führende Drahseilbahn. Der Zug hatte etwa 150 Meter der Strecke durchlaufen, als er plötzlich ins Rollen kam. Die Lokomotive fiel auf die Straße, wobei der Lokomotivführer getötet wurde. Der Anhängerwagen, der entgleiste, wurde durch einen Pressbock am Sturz verhindert. Einer der Reisenden, der sich durch Abspringen retten wollte, wurde so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus starb.

Eisenbahnunglück in Rumänien.

Budapest, 8. März.

Auf der Strecke Bukarest—Constanza in Rumänien ereignete sich bei der Station Fetesti nachts um 4 Uhr ein Zusammenstoß zweier Petroleumzüge. Beide Züge sind in Brand geraten. Böchmannschaften können an die brennenden Züge nicht heran. Acht Personen sollen ungetötet sein.

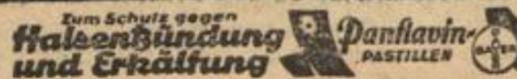
Die Nazis und die Firma Koniger u. Friedländer.

Die Nationalsozialisten wollen angeblich in ihrem sagenhaften Dritten Reich alle Juden aus dem Lande treiben. Vorläufig aber machen sie mit ihnen noch fleißig Geschäfte. . .

Wir hatten bereits auf die etwas merkwürdige Tatsache hinge-wiesen, daß an der Hauptfront eines im Besitz der Stadt befind-lichen Geschäftshauses große Plakate für den Kandidaten der Faschisten werden. Die vom Bezirksamt Tiergarten, dem die Ver-waltung des Hauses untersteht, mit der Reklamevermittlung beauf-tragte Firma heißt Koniger u. Friedländer. Man kann nicht sagen, daß dieser Name gerade arisch klingt. Die Reklame besteht aus drei großen Plakaten, die abends mit Scheinwerfer-lampen beleuchtet werden. Der Magistrat hat jetzt eine einst-wellige Verfügung erlassen, wonach die beiden Seitenplakate wieder entfernt werden müssen. Das Mittelplakat wird dagegen voraussichtlich weiter prangen bleiben, weil veräußert wurde, in den Vertrag mit der Reklamefirma einen Passus hineinzubringen, wo-nach, bei politischen Plakaten die Einwilligung des Oberbürger-meisters hätte eingeholt werden müssen.

Bierstreik in Hamburg beendet. In der öffentlichen Gast- und Schankwirtschaftsversammlung von Groß-Hamburg am Dienstag-mittag wurde durch Abstimmung mit großer Mehrheit beschlossen, den Bierstreik abzubrechen.

Haftentlassung der Brüder Sah abgelehnt. Für die Brüder Franz und Erich Sah, die vom Schöffengericht wegen verurteilten Münzverbrechens zu je 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden sind, fand ein Haftprüfungstermin statt. Der Antrag ihres Verteidigers auf Haftentlassung wurde von der Strafkammer abgelehnt. Die Berufungsverhandlung findet am 14. März statt.



Volksanleihe für Arbeitsbeschaffung

Sie ist möglich und darf durch Hitler nicht gefährdet werden.

Keine wirtschaftliche Frage ist heute in Deutschland so dringlich wie die Frage der staatlichen Arbeitsbeschaffung. Gewiß wird die Wirtschaftskrise selbst nicht von diesem Punkt geteilt. Dazu ist eine grundlegende nationale und internationale Vereinigung der Produktions- und Kreditwirtschaft notwendig. Aber dieser Reintegrationsprozeß kann sich, so energisch er auch angepaßt werden muß, doch nur verhältnismäßig langsam abwickeln. Inzwischen aber wächst die Not der sechs Millionen Arbeitslosen ins Unerträglichste, leidet die Wirtschaft weiter an Kaufkraftschwund, tritt sich die Finanznot immer tiefer in den Staat und die Kommunen ein.

Deshalb muß der Staat heute alle Kräfte auch für eine direkte Arbeitsbeschaffung anspannen.

Das ist der Sinn und die tiefere Berechtigung des in den Reihen der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen immer stürmischer werdenden Rufes nach Arbeitsbeschaffung.

Jeder in Deutschland ist sich heute dessen bewußt, daß der Forderung nach staatlicher Arbeitsbeschaffung eine ungeheure Schwierigkeit gegenübersteht, die nicht einfach hinwegdistiliert werden darf: die Schwierigkeit der Finanzierung der öffentlichen Aufträge zum Zweck der Arbeitsbeschaffung. Insbesondere in der sozialistischen Arbeiterbewegung sind seit Monaten andauernd ernste Beratungen darüber im Gange, wie man dieser Schwierigkeit Herr werden könnte.

Es wurde dabei vielfach an die Hilfe der Reichsbank gedacht — begreiflicherweise: denn die Reichsbank mußte in diesen letzten Monaten manche Hilfsaktion durchführen, die sich nicht immer streng mit den üblichen Vorschriften und Vorschriften deckte. Dabei hat die Reichsbank in bescheidenem Maße auch unmittelbar die Arbeitsbeschaffung gefördert, und zwar durch Hergabe gegen die Übernahme von Kassenwechseln, die erst viel später fällig werden. Aber man muß sich darüber klar sein, daß bei der gegenwärtigen überaus angespannten Währungs- und Devisenlage der Spielraum, der der Reichsbank für besondere volkswirtschaftliche Hilfeleistungen zur Verfügung steht, ganz eng begrenzt ist.

Die Reichsbank scheidet also fast ganz aus. Doch gibt es noch andere Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb des Kapitalmarkts.

die eingesetzt werden können und müssen. Man denke nur beispielsweise an den Fonds, der der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten aus ihren Rückflüssen aus vergebenden Kassenwechseln des Reichs zur Verfügung steht. Es wurde bekannt, daß dieser Fonds — der vielleicht auch noch durch echte Kredite öffentlicher Banken erweitert werden könnte — nur deshalb nicht entfernt für Notstandsarbeiten ausgeschöpft werden kann, weil die Länder und Kommunen, die sich an den Notstandsarbeiten finanziell zu beteiligen haben, heute zum Teil dazu infolge ihrer angespannten Finanzlage nicht mehr in der Lage sind. Hier müssen sich unbedingt Mittel und Wege finden lassen, um solche Hindernisse zu überwinden und die Mittel, die schon flüssig sind oder auf dem normalen Kreditwege flüssig gemacht werden können, voll und ganz für die Arbeitsbeschaffung einzusetzen. Wie das Reich, so hat auch Preußen große Zins- und Tilgungselnahmen, die als Anleihegrundlage verwendbar wären.

Es muß ferner verlangt werden, daß dort, wo noch steuerliche Mittel aufgebracht werden können, die bestimmungsgemäß der Arbeitsbeschaffung zu dienen haben, sie für diesen Zweck auch wirklich eingesetzt werden. Hier ist in erster Linie an die Hauszinssteuer zu denken, deren wichtigste Bestimmung früher die Förderung des Wohnungsbaus war. Die Gegner des öffentlichen Wohnungsbaus haben es freilich verstanden, ihn so herunterzureden, daß die sogenannte öffentliche Meinung ihn heute mit dem Argument ablehnt, daß es schon genug leere Wohnungen gibt. In Wirklichkeit gibt es noch für Hunderttausende von Kleinwohnungen dringenden Bedarf, falls die Mietten nicht überpannt werden. Aber die durch die letzten Ratenordnungen ermäßigte Hauszinssteuer vermag kaum mehr als den Finanzbedarf der Länder und Kommunen zu decken. Würde sie

hingegen nach den Vorschlägen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion umgebaut, dann ließen sich aus ihr darüber hinaus auch noch gewisse, nicht unbeträchtliche Mittel für den Wohnungsbau abzweigen, ohne daß die Mieter und der größte Teil der Hausbesitzer eine neue Belastung erfahren würden.

Es gibt also noch außerhalb des Kapitalmarkts einen Spielraum für Arbeitsbeschaffung, wenn man nur alle Energien anspannt und in den Dienst dieses wichtigen wirtschaftspolitischen Zieles stellt. Aber da er auch dann noch sehr eng bleibt, muß man noch einen Schritt weiter gehen und danach trachten, Mittel flüssig zu machen, die heute ganz nutzlos daliegen und der Produktion völlig entzogen sind. Es sind

die seit dem Ausbruch der Kreditkrise gehamsterten Zahlungsmittel.

Das Institut für Konjunkturforschung schätzt in dem soeben erschienenen Vierteljahrsheft ihre Höhe auf mindestens eine Milliarde Mark. Die „Frankfurter Zeitung“ kam vor wenigen Tagen zu einer wesentlich niedrigeren Schätzung. Nun darf man gewiß die insgesamt von sämtlichen — öffentlichen und privaten — Sparinstituten abgezogenen 1½ bis 2 Milliarden Mark nicht voll auf Rechnung des Sparstrumpfes legen, sondern kann annehmen, daß ein Teil davon schon in Sachwerte geflüchtet ist und ein anderer Teil aus echter Not abgehoben wurde, um die nackten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Trotzdem ist der Zahlungsmittelumsatz in Deutschland heute um so viel höher, als er unter Berücksichtigung der Schrumpfung der Warenmenge und der Preise sein dürfte — auch wenn man eine gewisse Veränderung der Kassenhaltungs- und Zahlungsgewohnheiten in Rechnung stellt —, daß die Milliarde des Konjunkturforschungsinstituts sicher nicht zu hoch geschätzt ist.

Wird es möglich sein, diese gehamsterte Milliarde wieder flüssig zu machen? Sicher nicht sofort zu 100 Proz. Aber wenn man den Sparern eine Anlagemöglichkeit bietet, die Sicherheit vor Ent-

wertung und sonstigen Gefahren mit günstigen Gewinnaussichten verbindet, dann wird man zweifellos einen ansehnlichen Teil der gehamsterten Zahlungsmittel aus den Strümpfen und Truhen wieder hervorlocken können. Das waren die Überlegungen, von denen sich

die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei ihrem Antrag auf Auslegung einer Goldprämienanleihe des Reichs für die Arbeitsbeschaffung leiten ließ.

In der Tat liegt der Gedanke einer solchen Anleihe in der Luft. Es ist kein Zufall, daß fast zur gleichen Zeit, als die Fraktion ihren Antrag einbrachte, die Oesterreichische Regierung ebenfalls den Plan einer Prämienanleihe fasste, und daß auch in den Vereinigten Staaten dieser Gedanke eifrig erörtert wird. In Deutschland ist gegen den Antrag der Sozialdemokraten nichts anderes eingewendet worden, als daß die Sparer vielleicht noch nicht das nötige Vertrauen hätten, um eine solche Anleihe in großer Höhe zu zeichnen. Nun, in den nächsten Tagen wird sich zeigen müssen, ob diese Furcht begründet ist oder nicht.

Es wird sich in den nächsten Tagen zeigen, daß die Vernunft den endgültigen Sieg über den Fieberwahn des Halenkreuzes davontragen wird. Und dann wird die Voraussetzung geschaffen sein, um an das Volk zu appellieren, um seine Hilfe für einen großen sozialen Zweck, für die Beschaffung von Arbeit für Hunderttausende zu erbitten.

Und da leider in Gelddingen der Appell an das soziale Gewissen allein nicht genügt, so wird die Anleihe neben der Goldklausel auch mit genügenden Anreizen ausgestattet sein müssen, wie sie die Aussicht auf hohe Prämien bietet. Und es wird niemand den Staat darum scheitern dürfen, wenn auch er die Hoffnung auf Prämienausichten in den Dienst des edelsten sozialen Zweckes stellt, den es heute gibt.

Es müßte also alle Anstrengungen gemacht werden, um Arbeit zu beschaffen, und es darf dafür nur eine Grenze geben: die Sicherheit der Währung als wichtigstes Instrument für das Funktionieren der Wirtschaft. Aber die entscheidende Hilfeleistung hat das Volk selbst zu leisten. Der Appell an das Volk für die Verringerung der Arbeitslosigkeit muß gemacht werden und wird nicht vergeblich gemacht werden.

Kreditverbilligung durchgeführt!

Reichsbankzins um 1 Proz. gesenkt / Neue Wirtschaftskredite durch die Akzeptbank.

Die Reichsbank hat mit Wirkung ab Mittwoch, dem 9. März, den Diskontsatz von 7 auf 6 Proz. und den Lombardsatz von 8 auf 7 Proz. herabgesetzt.

Reichsbankpräsident Dr. Luther gab dazu in der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank folgende Begründung:

„Seit Jahresbeginn hat der Status der Reichsbank eine weitgehende Entlastung erfahren, die zwar zum Teil saisonbedingt ist, aber doch nach der besonderen Krediterschütterung des zweiten Halbjahres 1931 in gewissem Umfang auch als Ausdruck einer Wiederkehr geordneter Kreditverhältnisse ausgelegt werden darf.“

Die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank in Wechseln und Schecks, Lombards und Reichsbankwechseln ist von 4487 Mill. Ende Dezember 1931 auf 3671 Mill. Ende Februar, das heißt um 816 Mill. zurückgegangen und hat sich nach dem letzten Ultimo weiter um 151 Mill. vermindert. Auch der Banknotenumsatz zeigt eine rückläufige Bewegung; er hat in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres um 508 Mill. von 4776 Mill. auf 4268 Mill. abgenommen und ist seit Anfang März noch um etwa 90 Mill. zurückgegangen.

Die Devisenlage ist freilich weiter wenig befriedigend. Nachdem in den letzten Wochen ein Nachlassen und zeitweiliges Abstoppen der Devisenabflüsse eingetreten war, bringt die erste März-Woche neue Abgänge, die zum weitaus größten Teil mit

der bereits bekannten 10prozentigen Rückzahlung des 100-Mill.-Dollar-Kredits zusammenhängen.

Dennoch glaubt das Reichsbankdirektorium, sich den in der letzten Zeit an wichtigen Plätzen des Auslands vorgenommenen Ermäßigungen der offiziellen Diskontsätze anschließen zu können, ohne dadurch den Gleichgewichtszustand am Devisenmarkt in gefährlicher Weise zu beeinträchtigen. Den Ausschlag gibt für das Reichsbankdirektorium wieder der Gesichtspunkt, daß angesichts der ungewöhnlichen Schwere und Dauer der Wirtschaftskrise der darniederliegenden Wirtschaft jede nur mögliche Erleichterung auch von der Seite der Zinslasten zugewandt werden muß. Die Reichsbank hält eine Diskontsenkung zugleich aus dem Grunde für vertretbar, weil durch die inzwischen durchgeführte große Banken-Reorganisation der deutsche Kreditapparat selbst wieder auf eine gesunde Basis gestellt worden ist, welche verbesserte kreditmäßige Voraussetzungen für die Hereinnahme von geeigneten Wechseln schafft.“

Neue Kreditmöglichkeiten.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Akzept- und Garantie-Bank A.-G. wurde beschlossen, das Geschäftsgebiet der Gesellschaft nach der Richtung auszudehnen, daß neben der Abwicklung der bisher getätigten Stützungsengeschäfte in Zukunft auch Kredite, aber auch nur an Banken, Bankfirmen und Kreditinstitute aller Art oder in Gemeinschaft mit solchen, gewährt werden können. Die zugrundeliegende Absicht ist, für Kreditbedürfnisse, die neu sich zeigende Aufträge zur Grundlage haben und die mit deren Abwicklung sich selbst auflösen, Mittel dort bereitzustellen, wo die betreffenden Bankverbindungen solche Kredite nicht allein beizustellen bereit sind. Diese Zweckbestimmung bringt zum Ausdruck, daß die Akzeptbank weder bestimmt noch gewillt ist, mit dem deutschen Bankgewerbe auf irgendeinem Gebiete in Wettbewerb zu treten, sondern in Fortsetzung ihrer bisherigen Aufgabe bei einer zu erwartenden Wiederbelebung des deutschen Geschäftslebens den deutschen Banken, Bankfirmen und Kreditinstituten wie bisher eine Hilfestellung zu bieten. Die Firma wird in Akzept-Bank A.-G. geändert.

Sowohl die Kreditverbilligung durch die Reichsbank als auch der Umbau der Akzept- und Garantiebank sind zu begrüßen. Sie fallen in eine Zeit, in der die Zunahme der winterlichen Arbeitslosigkeit zum Stillstand gekommen und die Frühjahrserholung durch die Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen und sonstigen Außenarbeiten zu erwarten ist. Das Zusammentreffen dieser Belegung mit der Kreditverbilligung kann zusätzliche Arbeit an manchen Stellen schaffen.

Dennoch sind einige Bemerkungen zu beiden Aktionen nötig. Die Wiedererweckung der Unternehmungslust und der Bereitschaft zu neuer Kapitalanlage in Deutschland hängen nicht nur von billigeren Kreditmöglichkeiten und der Deutung neuer Kreditquellen ab, sondern auch von der Wahrscheinlichkeit, daß sich rentabel arbeiten läßt und keine neuen Verluste entstehen, d. h. vom Risiko. Das Risiko und das Mißtrauen sind aber heute noch sehr groß in Deutschland, weil in weiten Kreisen der Industrie tatsächliche Verluste immer noch nicht bereinigt sind. Diese Vereinnahmung müssen sowohl die Reichsbank als auch die neue Akzeptbank mit allen Kräften vormärtstreiben, weil unter Umständen sonst gute neue Kredite schlechten alten Krediten nachgeworfen werden oder von der Kreditverbilligung der Reichsbank durch Banken und Wirtschaft für neue Kredite einfach kein Gebrauch gemacht wird.

Der Schuhverband der Gläubiger der Handelsbank A.-G. beruft zu Mittwoch, dem 9. März, 20 Uhr, in Haberlands Festhalle, Neue Friedrichstraße, eine Versammlung.

Moral deutscher Wirtschaftsführer.

Diesmal der Fürst von Pleß. — Der Zusammenbruch der Waldenburger Stickstoffwerke.

Vor dem Landgericht in Schweidnitz wurde am Sonnabend eine Klage des Konkursverwalters der zusammengebrochenen Stickstoffwerke AG. in Waldenburg gegen den Fürsten von Pleß verhandelt. Dieses Verfahren gibt neue Einblicke in die Geschäftspraktiken der deutschen „Wirtschaftsführer“. Die Nachforschungen, die durch den Prozeß der Öffentlichkeit bekannt werden, lassen sich den Skandalen um die Fama und den Schultheiß-Pöhlenhof-Konzern durchaus an die Seite stellen. Die Vorgänge, durch die das neugegründete Werk innerhalb eines Jahres zugrunde gerichtet wurde, sind, wie der Vertreter des Klägers, der Aktienrechtsspezialist Dr. Heilbrunn (Frankfurt a. M.) vor Gericht erklärte, in der Geschichte des deutschen Aktienwesens beispiellos.

Dem Fürsten von Pleß wird zum Vorwurf gemacht, daß mit seinem Wissen und unter seiner Verantwortung bei einem nominalen Aktienkapital von 8 Millionen, aber nur einem tatsächlichen von 2 Millionen Mark (mehr waren nicht eingezahlt), die Stickstoffwerke AG. ein Bauvorhaben im Werte von 23 Millionen Kreditbelastung mußte das junge Unternehmen von vornherein schwer gefährden. Der Fürst von Pleß hat sich ferner für Grundstücke, die im Höchstfall einen Wert von 30.000 M. bejahen, von der Stickstoffwerke AG. 780.000 M. gutschreiben lassen; davon wurden ihm 245.000 M. sogar bar ausgezahlt. Der Prozeß ergab weiter, daß die 2 Millionen Mark Kapitalanzahlung der Stickstoffwerke AG. nur zum Termin der gerichtlichen Eintragung bei der Bayerischen Vereinsbank in Nürnberg vorhanden waren. Schon am nächsten Tage gab die genannte Bank diesen Betrag dem Fürsten von Pleß als Darlehen.

Zußer der Klage des Konkursverwalters beschäftigte sich das Gericht in der gleichen Verhandlung mit einer Klage mehrerer führender deutscher Industriefirmen, wie der Kruppwerke, der

Vorsitz AG. u. a. m., die zu dem Bau der Werke herangezogen worden waren, gegen den Fürsten von Pleß, gegen seinen Sohn, den Prinzen Hans von Pleß und den Generalbevollmächtigten des Pleßschen Hauses. Bei dieser Klage drehte es sich um die Frage, von wem die erwähnten Großfirmen jene Bauaufträge erhalten haben. Die Firmen behaupten, sie seien ihnen unmittelbar von der fürstlich Pleßschen Verwaltung erteilt worden. Die Firmen waren bei der Auftragsentgegennahme jedenfalls der Meinung, daß es sich um Bestellungen des Fürsten von Pleß handele. Von der Pleßschen Verwaltung wird jedoch die Berechtigung dieser Auffassung der Großfirmen in Frage gestellt. Auftraggeberin sei die Ammonium-AG. gewesen, eine schweizerische Tochtergesellschaft der Stickstoffwerke, von der der Vertreter des Klägers vor Gericht feststellte, daß der Fürst von Pleß sie lediglich zu dem Zwecke gegründet habe, um lästigen Steuerzahlungen auszuweichen. Der Fürst von Pleß, so erklärte der Vertreter des Klägers in diesem Zusammenhang weiter, habe es nur der Anständigkeit der gesamten Gläubiger zu verdanken, daß seine dunklen Nachforschungen nicht dem Staatsanwalt zur Klärung übergeben worden seien.

Im Urteil des Gerichtes wurde ein Teil der 4½ Millionen Mark ausmachenden Ansprüche des Konkursverwalters der Stickstoffwerke AG. anerkannt. Dem Fürsten von Pleß wurde die Verpflichtung auferlegt, in die Konkursmasse der Stickstoffwerke 1.053.000 M. einzuzahlen. Darüber hinausgehende Ansprüche lehnte das Gericht ab. Die Forderungen der Großfirmen, die sich auf 10 Millionen Mark beliefen (von denen aber zunächst nur 20 Proz. eingeklagt waren, weil Gerichtskosten gespart werden sollten), wurden vom Gericht zurückgewiesen, und zwar mit der interessanten Begründung, daß die Bauaufträge tatsächlich von der Ammonium AG. erteilt worden seien. Diese aber könne nicht durch ein deutsches Gericht hartbar gemacht werden, da sie unter schweizerisches Recht fälle.

Wilhelm Heydrich:

Blechmarken sehr begehrt . . .

Abends kam ich zwei Minuten zu spät zur Arbeit und fand die Tür verschlossen. Mit der Kuchenbäckerei war es also wieder aus. Ein anderer stand an meiner Stelle und freute sich. Nun, eines Tages würde auch er wieder hinausfliegen, denn es war Zufallsarbeit. Man bekam sein Geld täglich und wenn dem Boß deine Nase nicht mehr gefiel, dann sagte er bei der Auszahlung: „Scher dich zum Teufel!“ und alles war vorbei.

Ich schob über die Brooklynbrücke nach Manhattan hinüber, bog links ab nach der Battery und setzte mich dort auf eine Bank, um auf den nächsten Morgen zu warten. In der Battery war der Arbeitsnachweis.

Da es in der Bäckerei immer etwas zu essen gab, hatte ich für die letzten Cents Tabak gekauft. Jetzt sah ich da mit leerem Magen, der sich durch Rauchen nicht länger betrogen ließ. Versucht und zugenüht, da kamte ich morgen wieder um Brot schnorren gehen! Und wenn ich Bedr hatte, schnappte mich die Polizei . . .

Ein Gummistümpel stieß mich in die Rippen. „Du darfst hier nicht schlafen“, sagte der Polizist, der wie ein schwarzer Riese vor mir stand. Ich wollte mich erheben, doch er hinderte mich. „Oh, nicht doch! Sagen darfst du ruhig bleiben, nur nicht schlafen. Das ist die Vorschrift — bisshen verrückt, aber nicht zu ändern.“ Damit ging er weiter.

Wenn der verdammte Magen nur nicht so knurren wollte! Ich zündete mir eine neue Zigarette an und stierte auf die schwarzblaue Bal hinaus. Lichter zogen darauf hin und her. Das grellweiße Pünktchen in der Ferne war die Fackel der Freiheitsstatue. Sie leuchtete nicht sehr ermutigend, diese Freiheitsfackel . . . Bah, auch hier ist alles verboten, was so ein bißchen wie nach Freiheit ausieht. Und morgen werden sie mich wahrscheinlich wieder festlegen, weil ich vor lauter Freiheit kein Geld mehr habe . . . Alles sauer Zauberei!

Gegen Morgen wurde es lausig kalt, und ich begann wieder einmal zu merken, wie heruntergekommen ich war.

Um vier Uhr stand ich vor dem Arbeitsnachweis. Obwohl noch zwei Stunden Zeit waren, standen bereits tausend Mann dort. Allmählich wurden es dreitausend. Dreitausend Mann, die nichts zu essen hatten und vor Kälte mit den Zähnen klapperten!

In der Halle war es fast noch dunkel. Nur ganz vorn war etwas Licht. Dort saßen die beiden Schreiber und lasen Zeitung. Wir Arbeitsuchenden erstarrten überhaupt nicht.

Wir drängten uns aneinander und wärmten uns gegenseitig. Einige flüsterten. Die meisten schliefen. Wir zitterten die Knie nach der schlaflosen Nacht. Was Teufel, konnte ich denn überhaupt Arbeit nehmen, wenn sich nachher etwas bot? Ich hielt es doch keine drei Stunden aus — geschweige denn bis zum Abend!

Durch die Fenster troch das fahle Morgenlicht und beleuchtete die Gespinsterverammlung. Alles hustete und spuckte, und in der Ecke tippte jemand um. Wir war schon ganz übel vom Tabakrauch . . .

Endlich klingelte das Telephon. „Zwanzig Bauhelfer nach Jersey City!“ schrie der Schreiber. Nur ein paar Leute drängten sich hinaus. Wer hatte denn das Geld, die Föhre zu bezahlen? Es kam schon noch etwas Besseres.

Alle fünf Minuten klingelte und schrie es jetzt. Die Halle war in wühlender Bewegung. Es gab ja Arbeit genug in New York, Kinder! Was wollt ihr denn? Es sehen nur zuviel herum!

Endlich kam etwas für mich. Drüben in Brooklyn wurden zweihundert Mann gesucht! Welch der Teufel, wofür! Uns ging es nichts an! Wir rasten los — nach Arbeit!

Ich hing auf dem Trittbrett einer Straßenbahn. Als der Schaffner kam, murmelte ich: „Kamerad, es gibt Arbeit draußen. Aber ich habe kein Geld.“ Er sah mich kurz an, dann beachtete er mich nicht weiter. Bald darauf rannte ich eine endlose Straße entlang, die rechts und links von hohen Mauern eingefast war. Dann war ich an Ort und Stelle.

Vor dem hohen, eisernen Fabrikator stand eine Menschenmenge,

schwarz, lautlos, und wartete. Hinter der Mauer dröhnte und donnerte es, daß die Erde bebte. Aus den Ecken qualmte dicker Rauch.

Tausend Hoffnungen prallten gegen das Eisentor, krochen daran hinauf, über die Mauern. Die lärmende Hölle dahinter — ach, wenn man uns doch in diese Hölle hineinließe! Neben mir betete einer, von Wunsch und Angst gequält: „O Jesus — Jesus!“

Aber das große eiserne Tor wurde nicht geöffnet. Ein schmales Türlein befand sich darin, und durch dieses schob sich jetzt ein Boß — ein wahrer Riese, schwer und schulterbreit.

Man schob und stieß sich, um ihn nahezu kommen.

Der Boß lachte und stemmte sich dagegen.

„Hallo — langsam! Ich brauche nur zweihundert!“

Niemand antwortete. Alles schob und drängte. Die Masse ächzte wie ein einziges lebendes Wesen. Dort stand der Boß, der sicher kein schlechter Kerl war. Er hielt Arbeit in den Händen, Brot und ein Vager für die Nacht, und nun wird er den Segen austreten!

„Na, dann los!“ Er holte eine Handvoll klappernde Blechmarken aus der Tasche und winkte. Jeder, der seine Hand hinhielt, bekam eine Blechmarke und burste die Tür passieren.

Aber es ging zu langsam, und es waren zu viele da, die nicht die geringste Aussicht hatten, zu den zweihundert zu gehören. Diese begannen jetzt zu kämpfen und ihre Vordermänner beiseite zu drängen. Alles preßte nach vorn und drückte den Boß gegen die Wand.

„Ruhe!“ schrie er. „Zum Teufel, so geht die Sache nicht! Einer nach dem anderen!“

„Predige du einer Menschenmenge, die toll vor Hunger und während nach Arbeit ist! Sie drängten sich wie lechzende Wölfe gegen

Walter Galdert:

Begegnung mit einem Wassertropfen

Ich stand auf meinem Balkon und lehnte mich hinaus, um die frische Luft zu genießen, die nach dem Regen besonders rein war. Allerlei Gedanken wimmelten in meinem Kopf durcheinander. Da fiel vom Dach ein Wassertropfen herunter und blieb an meinem linken Ohr hängen. Es triebelte ein bißchen, und ich wollte gerade ärgerlich den Kopf schütteln, um den dreifachen Tropfen wieder loszuwerden, als der Wassertropfen mit einem ganz feinen Stimmchen zu sprechen begann! „Lieber Mensch“, sagte er, „bitte, wirf mich nicht gleich wieder herunter; ich erzähle dir auch eine Geschichte!“

Ich bin nicht hochmütig und überheblich. Warum sollte ich mir nicht auch einmal von einem kleinen Wassertropfen etwas erzählen lassen? „Na schön“, sagte ich, „erzähle mir die Geschichte; ich höre zu. Aber du darfst mich nicht zu sehr ärgern!“

„Du denkst sicherlich: Was soll mir der erbärmliche kleine Wassertropfen schon erzählen können?“ sagte das feine Stimmchen. „Aber ich habe schon mancherlei erlebt und viel von der Welt gesehen. Ich bin älter als die ältesten Leute, älter als Adelsgeschlechter, auf deren Alter tomsche Menschen sich etwas einbilden. Ich bin schon durch die Luft geflogen, bevor es Luftschiffe und Flugzeuge gab, und ich bin wette Streden unter Wasser gereist, lange bevor die Menschen das Unterseeboot erfunden hatten. Na, ich habe sogar vor Columbus Amerika entdeckt!“

„Da machst du mich aber neugierig“, sagte ich, „nun erzähle schon los!“

„Ich wurde geboren im Jahre 1111“, sagte der Wassertropfen. „In einer mächtigen Dampfwolke, die aus dem feurigflüssigen Innern der Erde durch den großen Krater des Vesuv ausgestoßen wurde, befand ich mich mit unzähligen Brüdern. Die Dampfwolke wurde vom Wind aufs Mittelmeer hinausgeweht, in der Nacht abgekühlt, und ich fiel als Regentropfen nieder ins Meer. Mehrere

hundert Jahre plätscherte ich im Meer herum und spielte mit meinen unzähligen Brüdern. Was habe ich da alles gesehen! Große Fische und andere Meeresungeheuer. Menschen, die badeten und andere, die im Meer ertrunken waren. Wracks von großen Schiffen, die der Sturm und die Wellen versenkt hatten. Ein Haifisch, der in der Kajüte eines großen Wracks wohnte, hat mir erzählt, daß die Menschen manchmal mit Gewalt Schiffe mit anderen Menschen versenkten; Krieg sollen sie so etwas nennen. Das kann doch nicht wahr sein. Der Haifisch hat sicherlich gelogen, nicht wahr, lieber Mensch?“

Ich schämte mich vor dem kleinen Wassertropfen und tat so, als ob ich seine Frage nicht gehört hätte.

„Nach mehreren hundert Jahren“, erzählte er weiter, „warf mich eine große Welle aufs Land. Ich war plötzlich in Amerika, das damals allerdings noch nicht so hieß. Ich wollte mir das Land ansehen und ließ mich von der heißen Sonne bestrahlen, bis ich mich ganz leicht fühlte und in die Luft emporstieg. In einer Wolke, zusammen mit sehr netten anderen Wassertropfen, flog ich lange über dem neuen Lande umher, bis die Wolke an ein Gebirge stieß und ich als Wassertropfen wieder auf die Erde hinabsiel. Ich lebte längere Zeit in einem großen See und fuhr dann in einem Fluß spazieren. Zufällig befand ich mich gerade in einem See von Wasser, den Christoph Columbus nach einem anstrengenden Marsch traf. Ich bin also sozusagen ein historischer Wassertropfen. Der vor dem Rundfunkmikrophon interviewt werden könnte. Ich müßte übrigens sagen, wenn ich sagen sollte, daß es im Wagen des Columbus sehr gemütlich war . . . Amerika war mir nach der Ankunft der Europäer verleidet. Ich kam zum Glück wieder ins Meer zurück, wo ich mich über vierhundert Jahre aufhielt. Die Fische und Seeungeheuer waren immer noch dieselben, die Menschen auch, aber die Schiffe, die versanken, wurden immer größer. Als Fahrgast am Steuerruder eines Dampfschiffes kam ich durch die Straße von Gibraltar in das Meer meiner Jugend, das Mittelmeer, zurück. Vor einigen Tagen habe ich gehört, daß ein Mann das Mittelmeer trockenlegen will; ich bin sprachlos vor Empörung!“

Allmählich bekam ich auch wieder Sehnsucht nach dem Lande. Vor zehn Jahren ließ ich mich bei dem französischen Badeort Juan-les-Pins auf den Strand spülen und begann eine Tour durch Frankreich, an die ich sehr angenehme Erinnerungen habe. Ich habe die großen Städte kennengelernt, Paris, Lyon, Marseille, und habe sogar den Geburtsort der berühmten Jungfrau von Orleans besucht. Auch in französischen Weinen habe ich mich wiederholt aufgehalten; ich kenne zahlreiche Marken: Graves, Sauternes, Saint-Emilion, Médoc, Beaune, na, ich will dir den Mund nicht wässrig machen. Auch in Kaffee bin ich öfter einmal gemessen; ich muß sagen, daß der Kaffee in Frankreich meist härter war als bei euch in Deutschland.

In einer Wolke reiste ich über den Rhein nach Deutschland, wo es mir auch sehr gut gefiel. In den verschiedensten Flüssen, Rhein, Mosel, Weiser, habe ich schöne Tage verbracht. Bis ich eines Tages in den Rügelsee gelangte und nach kurzer Zeit durch ein dunkles Rohr in die Berliner Wasserleitung gefaßt wurde. Ein Mann mit einer blauen Schürze zapfte mich aus dem Wasserhahn ab und füllte mich in eine dunkelgrüne Flasche, in der eine saure Flüssigkeit war. „Das wird eine feine Mürzenweisse“, sagte der Mann und verschloß die Flasche. Monatelang, wenn nicht jahrelang, saß ich in der Flasche gefangen. Ich fürchtete schon, ich würde lebenslanglich sitzen müssen. Doch eines Tages wurde ich aus der Flasche in ein großes Glas gegossen und von einem Mann mit großem Schnurbart getrunken. In seinem Magen lag alles durcheinander, und ich bekam es mit der Angst zu tun. Aber die Kohlen säure, die sich in der Flasche gebildet hatte, stieg wieder aus dem Magen heraus, und eine Kohlen säureblase war so freundlich, mich mitzunehmen. Ich entfloß zum Fenster hinaus und hoffte, recht weit fort zu kommen, aber ich fiel als Regentropfen auf das Dach eines Hauses. Vom Dach bin ich auf dein Ohr gefallen, und wenn du mich jetzt abschüttelst, komme ich in ein schmüßiges Adströhrchen. Lieber Mensch, kannst du mir nicht für die Geschichte, die ich dir erzählt habe und die du als Schriftsteller sicherlich gut brauchen kannst, einen Gefallen tun?“

„Na, welchen denn?“ fragte ich. „Wenn es nicht gerade Geld kostet . . .“

„Lieber Mensch, ich möchte gern wieder ins Meer zurück. Die Nordsee ist ja wohl am nächsten? Kannst du mir nicht dazu verhelfen?“

Ich versprach es dem Wassertropfen, tat ihn in ein kleines Fläschchen und schüttelte ihn in die Spree. Die Spree fließt in die Havel, die Havel in die Elbe und die Elbe in die Nordsee. Ich denke, der Wunsch des Wassertropfens wird erfüllt werden. Ich bitte alle Leser die ihm begegnen sollten, ihn auf seiner Fahrt nach der Nordsee nicht aufzuhalten.

Sylvester Pepper: Die Uhr

Ich hatte ein reizendes Rädel kennen gelernt, wir trafen uns eines Abends, ließen erst ein Weißchen durch die Straßen, bis wir sozusagen warm wurden und gingen dann in ein Café . . . Dort sahen wir bei gedämpftem Lampenlicht im Halbdunkel auf einer Polsterbank, wie sie raffinierte Geschäftsleute zu solchen Zwecken herstellten. Der Ober im Frack machte tausend Verbeugungen und wollte wissen, was die „Herrschaften“ trinken wollten. Ich bestellte zwei Gläser Wein und der Ober lächelte. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie lieb und nett das Rädel plaudern konnte. Das kann man gar nicht wiedererzählen, da verliert er zudem von der ursprünglichen Höhe. Dazu muß man so ein Rädel vor sich haben, in sie schon halb verliebt sein, die tausend Reize ihres Körpers spüren und schon halb wissen, daß man sie besitzen wird. Der Wein war gut und irgendwo spielte eine sentimentale Geige und machte einen toll. Das Klang und rieselte durch die Adern. Man hörte auf, zu erzählen und sog ihr Sächchen in sich hinein. Man sprach mit den Augen. Man war einfach verliebt. Wie schnell da die Stunden verfliegen. Und wenn sie sich nicht daran erinnern würde, daß die letzte U-Bahn bald fährt, man würde nie daran denken. An dem Abend war es genau so. Ich rief den Kellner, der auch gleich wie aus dem Boden gezaubert vor uns stand. Zahlen. Bitte sehr, die Herrschaften. Wie fabelhaft der Mann im Frack rechnen kann, das fliegt nur so und unfernein fällt es schwer. Sie sitzt da und lacht. Es hat ihr gefallen. Das sagt sie mit jeder Bewegung. Aber zum Teufel! War ich denn betrunken? Unfähr! Ich mußte mich wohl versehen haben. Ich schaute noch einmal auf den Zettel, den der Schwarze vor mich auf den Tisch gelegt hatte. Darauf stand aber noch immer, daß ich im ganzen zehn Reichsmark zu bezahlen hatte. Ich begriff langsam, aber endlich begriff ich doch. Ich mußte, daß ich nur sechs Mark in der Tasche hatte. Keinen Pfennig mehr. Und zehn sollte ich bezahlen. Diese Souner, diese Haufen! Ein Glas Wein zwei Mark. Das war Repp. Und ich war drauß reingefallen. Das ärgerte mich am meisten. Und der Ober stand da und lächelte, big und glatt. Das Mädchen merkte, daß etwas nicht in Ordnung war, und der Ober setzte einen anderen Ton auf. Sehe machen und dann nicht bezahlen können, das kennen wir. Sie hatte auch kein Geld bei sich. Versucht! Hatte sie denn gedacht, ich sei ein Schuhverkäufer mit festem Monatsgehalt!

„Ja, da müssen Sie eben meine Uhr als Pfand hierbehalten“, sagte ich. Der Ober lächelte verächtlich: „Nur bald einlösen, ich schlepp mich mit solchem Zeug nicht gern.“ Er sah auch danach aus. So tollt, fehlerlos und fertig. Der Abend war verdorben, die Stimmung luisch. Es war dumm und unangenehm. Wegen der paar lumpigen Mark! Ich brachte das Mädchen nach Hause und

mußte mir von ihr noch Fahrgeld geben lassen. Und das alles am ersten Abend, es war gemein, und sie würde sich wahrscheinlich bedanken, je wieder mit mir ausgehen. Ich wußte ganz genau, daß ich zu Hause und nirgends mehr vier Mark hatte, um die Uhr einzulösen. Es war keine kostbare Uhr, sie war nicht aus Gold und nicht mit Edelsteinen besetzt, es war eine alte erdare Uhr, die sich von einem Großvater vererbt hatte. Und diese alte Uhr, die auch die neue Zeit aus Pflichtgefühl richtig anzeigte, die steckte nun in der Tasche des Kellners. Sie war eine gut bürgerliche Uhr und würde mir nie verzeihen, daß ich sie als Pfand zurückgelassen hatte. Der Gedanke an diese Uhr zog mich in eine mir entfremdete Sphäre der Moral zurück. Jetzt erst merkte ich, daß ich tatsächlich an der alten Uhr hing. Ich mußte die sechsenden vier Mark einfach irgendwo auftreiben, ich kam mir verpflichtet vor. Aber wo sollte ich sie herbekommen. Mein Freund, der Maler, sagte, das ist aber dumm, ich habe selbst bloß noch fünf Mark und davon soll ich noch zehn Mark Schulden bezahlen. Ein anderer Freund meinte, vier Mark! Mein Lieber, soviel ist ja die alte Uhr keines Großvaters gar nicht wert. Er kämpfte nämlich für nüchterne Lebensauffassung und neue Sachlichkeit. Ein dritter Freund erwiderte, die erfundene Geschichte mit der Uhr zieht bei mir nicht, ich pumpe dir kein Geld, du verlauffst es bloß. Alle bedauerten und gaben mir gute Worte, und die Weisheit wurde mir löfelmweis in den Nacken geschoben. Meine Freunde waren mit einem Male alle unter die Moralisten gegangen, und ich blieb als einziges schwarzes Schaf zurück. Jetzt merkte ich erst, wie viel mir die alte Uhr bedeutete, wie ich sie vermied und mich förmlich nach ihr sehnte. Und die dünne Kette, die auf meinem Nachtschiff lag, verursachte mir auch ein unerträgliches Unbehagen. Sie hatte so etwas Witwenhaftes, Verlassenes an sich, daß ich davon ganz traurig wurde. Die ganze Geschichte entwickelte sich zu einem richtigen Krankheitszustand für mich. Es war zum Verzweifeln. Und als die Rot sozusagen am größten war, griff der liebe Gott mit sorgender Hand in die Spielchen der trivialen Tragödie. Der Geldbrichter kam und brachte das Honorar für ein Gedicht. Es war nicht sehr viel, aber jetzt konnte ich die Uhr einlösen. Der Ober lächelte geringschätzig, als er mir die Uhr aushändigte. Man wird eben nicht als ganzer Mensch angesehen, wenn man seine Uhr in Zahlung geben muß, um eine lächerliche Zecher von zehn Mark zu begleichen. Aber was kümmerte mich das? Ich hatte meine Uhr wieder, das Rädel war wieder gut, und wir lachten beide darüber. Wir haben das Recht auf ein bißchen Leichtsinns und auf Liebe und Wein auch. Selbst wenn man den Wein nicht immer bezahlen kann. Und das sage ich Ihnen, um vier Mark gebe ich meine Uhr nicht wieder hin. Das nächstemal mache ich eine größere Zecher.